

Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 14 — Mitte Juni/Ende August

Preis
1 DM

Das Ende der Gleichgewichte

Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft kommt nicht nur in sämtlichen wirtschaftlichen Statistiken zum Ausdruck. Sie erscheint auch nicht mehr allein in der wachsenden Unsicherheit, in der vor allem die Proletarier leben: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Unsicherheit, was das Gesundheitswesen, die Wohnungsfrage, die Kaufkraft, die Rentenversorgung und die sozialen Rechte usw. angeht - lauter Sachen, die vor kurzem noch als sichere Erregenschaften gepriesen wurden. Unsicherheit sogar, was die Nahrung betrifft, die wir essen, das Wasser, das wir trinken, die Luft, die wir atmen usw. Die Krise erscheint in einer *allgemeinen Unsicherheit*, im Aufbrechen aller Gleichgewichte, im fortlaufenden Entstehen neuer Spannungsherde innerhalb der Staaten und neuer Spannungen in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Aufgrund des Zusammenbruchs all dessen, was als verbrieftete Sicherheiten erschien (oder eher, was man als verbrieftete Sicherheiten ausgab), gingen alle wirtschaftlichen Voraussagen in die Hose, rasteten die Nadeln der Seismographen in den statistischen Instituten aus, fielen die mit der "Planung" beauftragten Minister auf die Schnauze (auch in den sog. "sozialistischen" Ländern).

Aus diesem Grund können wir Marxisten, die wir Ausdruck der beherrschten, aber nicht besiegten Klassen sind, mit Recht sagen, daß der Kapitalismus historisch gesehen bereits in *Fäulnis begriffen* ist, und daß, wenn er erhalten bleibt, so nur dank seiner Totengräber, wenn auch nicht durch ihren Willen.

Engels sagte von "großen Persönlichkeiten", daß man keine Schwierigkeiten hat, welche zu finden, wenn man sie braucht. Dasselbe könnte man von all jenen sagen, bei denen es zwar nicht ausreicht, um "in die Geschichte einzugehen", die aber durchaus eine Epoche kennzeichnen... Es war bestimmt nicht diese Schießbudenfigur eines Ronald Reagan, die die heutige *Wende* in den internationalen Beziehungen herbeiführte oder gar beschloss. Die wachsende Instabilität sämtlicher gesellschaftlichen Verhältnisse und somit der zwischenimperialistischen Beziehungen, vor allem aber die wachsende Instabilität des Weltmarktes machte die Suche nach einem passenden Mann notwendig, der schließlich in der Person des Hollywood-Schauspielers gefunden wurde, der den Erdbauer aus Plains ablöste.

Diese allgemeine Instabilität hat in Lateinamerika und in Afrika, in Asien, an der Grenze Europas - auch in Ländern, die gar nicht weit weg sind, wie die Türkei und Spanien - unzählige Staatsstürze hervorgerufen, die mal fehlschlagen und mal erfolgreich waren, mal nach dem Erfolg wieder scheiterten, von neuem versucht wurden usw. Diese Instabilität ist es, die die parlamentarischen Mehrheiten spaltet; die sogar innerhalb der Regierungsparteien selbst wachsende "Oppositionen" hervorruft; die sogar die Opposition spaltet; die die Unruhe der herrschenden Klasse erzeugt und folglich regelmäßig den Ruf nach dem starken Mann, dem "Fachmann", nach jemandem, der der "Mut" und die "Fähigkeit" zur "Führung" hat. Jemand, der *zumindest* die Ausübung des Streikrechts einzuschränken weiß, die Ordnung sichert (natürlich um die Freiheit zu schützen), die Produktionskosten senkt, die Wirtschaft umstrukturiert und somit die Arbeitskraft beweglich, frei verfügbar, opferbereit macht, der schließlich Jagd auf die Verweigerer, auf die "Kriminellen" und "Arbeitsscheuen", auf die "Rumtreiber" und natürlich auf die Subversiven macht.

Deswegen erscheinen da, wo eiserne Männer und eiserne Ladies nicht mehr genügen, die Militärs, die begrifflich geschlechtslos und mit Stahl gepanzert sind, auf der Bildfläche, um entweder, wie in der Türkei, die Macht zu übernehmen, oder um sich als Machtanwärter darzustellen, die, während die nächsten Zeitpunkte ab-

warten, sich als Überzeugte Anhänger der "notwendigen Reformen" philosophierend profilieren.

Die gleichen Kräfte und materiellen Zwänge kommen im Rüstungswettlauf zum Ausdruck, der in den Reden und Verhandlungen über die Abrüstung die notwendige Ergänzung findet. Sie kommen im Ausbruch von Kriegen zum Ausdruck, die keineswegs mehr rein lokal beschränkt sind. Sie erklären die direkte oder indirekte, offene oder versteckte Einmischung in die berühmten und selbstverständlich unantastbaren "inneren Angelegenheiten" verschie-

IN DIESER AUSGABE:

- Nachrüstung und Pazifismus
- Kampf gegen die Repression in der Armee
- Regierungswechsel in Frankreich
 - Erste Lehren
 - Aktivität der Partei
 - Praktische Haltung
- Blut, Schweiß und Tränen
- Über Autonomia Operaia
- Zur Krise des KBW
- Soziale Unruhen in Algerien
- Bergarbeiterstreiks in den USA und in Chile
- Brixton: Es lebe die Revolte!
- Klassenurteile in der Türkei
- Notizen zu Polen und zur Stimmung in der deutschen Bourgeoisie

dener Staaten - ob es sich um Afghanistan und um eine Intervention mit Panzern und Flugzeugen, oder um El Salvador und um eine Intervention mit Dollars, "Technikern" und militärischer Hilfe für die dortigen Mörder handelt. Diese Kräfte und diese Zwänge erklären die schnelle Vermehrung der Luftwaffen- und Marinestützpunkte, ob für den Schutz der "freien Welt" oder für den Schutz der "sozialistischen Gemeinschaft". Sie erklären die Jagd nach neuen Verbündeten bzw. die Änderung des Gewichtes der verschiedenen Verbündeten: die USA werten Saudi-Ara-

bien auf, auch wenn dies zulasten Israels und selbst Ägyptens geht; die UdSSR gibt Syrien zulasten des Irak den Vorzug; Bündnispartner werden ausgewechselt, wie im Falle Somalias und Äthiopiens. Sie erklären die Verschärfung des Handels- und Währungskrieges, nicht so sehr zwischen "Erbfeldern" (die munter Handel treiben), sondern zwischen den Verbündeten und den Freunden: Japan gegen die EG, der Dollar gegen die D-Mark, ein Teil des grünen Europa gegen den anderen und sogar die USA gegen Kanada...

Gleichzeitig machen diese Kräfte und diese materiellen Zwänge die Alte Welt, die sich am verbläbten Glanz vergangener Zeiten festklammert, zur Zielscheibe der Aufmerksamkeit und des Schacherns der Supermächte - darum ist die eine bemüht, sie als Verbündete zu behalten, ist die andere erpicht auf ihre Neutralität. Sie rufen Spannungen in den politischen Beziehungen hervor und verleihen den diplomatischen Beziehungen einen entsprechend schwebenden Charakter. Dadurch werden die Voraussetzungen für mögliche Veränderungen der Bündnisverhältnisse in der Zukunft geschaffen.

Bedeutet das also, daß wir an der Schwelle zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg stehen? Es wäre zu oberflächlich, dem einfach zuzustimmen. Aber das, was vor unseren Augen geschieht, ist bereits eine *andauernde, allgemeine Destabilisierung*, das wenig glorreiche Ende der alten "Werte", der Zusammenbruch der "ewigen" Prinzipien. Aber gerade daraus sprühen vor den entsetzten Augen der Ausbeuterklasse die Funken des Klassenkrieges hervor. Diesen Boden müssen die Revolutionäre *so bald wie möglich* aufwühlen, bevor sich der Krieg im eigentlichen Sinne entfesselt.

Die Bourgeois fragen sich: Was wird aus den heutigen Bündnissen? Was wird Europa und insbesondere Deutschland angesichts der zwei imperialistischen Kolosse im Westen und im Osten machen? Wie wird es mit den Satelliten der USA in Lateinamerika und wie mit denen der UdSSR in Europa und Asien aussehen? Was wird morgen ein wieder aufgerüstetes Japan tun, und was werden die jungen afrikanischen Staaten und die rasch aufstrebenden Staaten des Mittleren Ostens unternehmen? Wir betrachten die Dinge aus einer ganz anderen Sicht.

Polen Drohungen zur Rettung des sozialen Friedens

Wer wird das Geschäft erledigen? So lautet wortwörtlich und in verschiedenen Varianten die besorgte Frage der Kapitalisten von Ost und West. Damit ist gemeint: Wer wird die soziale Bewegung in Polen im Blut ersticken, wenn die polnische Bourgeoisie trotz "Reformkurs" der Regierungspartei, trotz des mächtigen Einflusses der Walesa & Co. keine mindestens vorübergehende Stabilisierung herbeiführen kann. Denn eins steht für die herrschende Klasse nicht allein im Ostblock, sondern auch im Westen fest: Der Lauf der *sozialen* Entwicklung in Polen *muß* umgekehrt werden. Die militärische Intervention, mit der die russischen Kapitalisten immer wieder drohen, hätte somit keineswegs den Charakter einer nationalen Unterdrückung, sondern einen antiproletarischen Charakter, zumal niemand an das Märchen glauben kann, Polen sei dabei, in die Einflußsphäre des Westens abzudriften: Polen ist von den Kapitalisten des Westens schon längst total abhängig. Das revolutionäre Proletariat hat sich stets vor Augen zu halten: Was die Herrschenden dieser Welt mit Waffengewalt oder Demokratisierungsmanövern in Polen auch unternehmen mögen - sie tun es zum Schutz der kapitalistischen Weltordnung. Solidarität mit den polnischen Arbeitern setzt den Bruch mit der Bourgeoisie hier bei uns voraus.

Wir erwarten von der Verlängerung und Verschärfung der Instabilität, der Unsicherheit und der Spannungen der kapitalistischen Welt den Auftritt antagonistischer sozialer Kräfte, und zwar nicht mehr nur an der Peripherie, sondern auch im Herzen der bürgerlichen Welt.

Und wir arbeiten mit allen unseren Kräften dafür, daß der Weg der Wiederaufnahme des Klassenkampfes klarer, das zu erreichende Ziel deutlicher und der Marsch dorthin in programmatischer und praktischer Hinsicht noch straffer organisiert werden.

Wir stehen nicht am Vorabend des Weltkrieges oder der Revolution. Doch ist es diese Perspektive, die wir uns vor Augen halten, bzw. von der wir träumen müssen, wie Lenin 1901 sagte. Und die Geschichte verlangt von uns, mit dieser Perspektive **ZU HANDELN**.

An unsere Leser

Wir haben versucht, solange wie nur möglich den Preis von -,50 DM zu halten. Daß ein solcher Preis nicht länger tragbar ist, dürfte so selbstverständlich sein, daß wir uns auf den Hinweis beschränken, daß der Preis nunmehr DM 1,- beträgt. -- Spendet für unsere Presse!

Häuserkampf und Repression in Neapel BERLIN - NEAPEL

Wir veröffentlichen hier einen längeren Artikel über die Hausbesetzerbewegung in Neapel. Damit wollen wir nicht allein etwas ausführlicher über eine soziale Bewegung informieren, ihren Charakter und ihre Bedeutung zeigen, sondern in Fortsetzung früherer Artikel auch einen Beitrag leisten im Hinblick auf die Probleme, mit denen sich die Hausbesetzerbewegung in Deutschland - und das heißt im wesentlichen in Berlin - konfrontiert sieht. Es werden dabei auch wichtige Fragen angesprochen werden, die die Einschätzung solcher Bewegungen betreffen und demzufolge auch die - von allgemeinen Vorstellungen letztendlich untrennbaren - Voraussetzungen, welche die Avantgarde der Bewegung erfüllen müssen, wenn es darum geht, sich gegen das Kapital wirksam durchzusetzen zu können - im alltäglichen Kleinkrieg wie im Hinblick auf den revolutionären Kampf. Im Unterschied zu Berlin hat die Bewegung in Neapel den Charakter einer Massenbewegung. Sie wird von tausenden und aber tausenden Obdachlosen - in der Mehrzahl Opfer des letzten Erdbebens, das Süditalien erschütterte - getragen. Und sie findet im ohnehin von Wohnungsmangel und Arbeitslosigkeit geplagten proletarischen und halbroletarischen Neapel einen vergleichsweise weit günstigeren

Nährboden. Doch die allgemeinen Probleme der Bewegung, nicht zuletzt im Hinblick auf die Repression, auf die organisatorischen Bedürfnisse, im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Isolierung zu überwinden und auf die Haltung der verschiedenen politischen Kräfte, sind weitgehend identisch. Dies gilt u.a. auch hinsichtlich der Theorisierungen und Haltungen eines Teils des kämpferischsten Flügels, der eine langatmige Arbeit durch das Dreschen von revolutionären Phrasen ersetzt. Im Unterschied zu Neapel steht die Hausbesetzerbewegung in Berlin infolge der hier herrschenden Kräfteverhältnisse bereits an einem Wendepunkt. Daraus wird - unabhängig davon, wie weit es gelingt, die besetzten Häuser in Berlin zu verteidigen - in einem Teil der kämpferischen Jugend das Bedürfnis entstehen, sich ernsthaft mit allen Fragen des Kampfes auseinanderzusetzen. Und diese Auseinandersetzung wird an dem Versuch einer Bilanz der letzten Monate nicht vorbegehen können. Der Artikel über Neapel soll auch dazu beitragen, internationale Bezugspunkte und Erfahrungen für eine solche Bilanz zu liefern, bzw. einen oft verheerend lokalistischen - um nicht zu sagen individualistischen - Horizont zu überwinden. o o o

Wie alle anderen "Naturkatastrophen" war das Erdbeben, das im November vorigen Jahres Neapel und Umgebung heimgesucht hat, nicht an sich katastrophal: Katastrophal waren seine Auswirkungen. Und diese werden nicht von der Natur, sondern vom Charakter der Gesellschaft bestimmt. Und in einer Gesellschaft, deren Motor der Profit ist, gibt es für die Proletarier und die ärmere Bevölkerung nichts katastrophaleres als gerade der "Wiederaufbau" mit seiner entfesselten Spekulation. Und die Hunderttausende von Obdachlosen? Eine lästige Begleiterscheinung - und ein Spannungsherd. So schickt der Staat zunächst das Heer in die betroffenen Gebiete - zu spät und ohne ausreichenden Mittel zur Hilfe, aber früh und mächtig genug, um die ganze Region und die Stadt Neapel regelrecht zu belagern. Einschüchterung. Bereits 8 Tage nach dem Erdbeben - am 1. Dezember - wird das Heer neben der Polizei eingesetzt, um eine Demonstration von Obdachlosen zu verhindern.

Fortsetzung auf S. 6

Nachrüstung und Pazifismus

Das westliche imperialistische Bündnis, das durch zwei Säulen getragen wird, nämlich die großen Staaten Westeuropas und die USA, sieht sich im Zuge der Kriegsvorbereitungen auf einen dritten imperialistischen Weltkrieg zu einer weiteren Aufrüstung gegenüber dem imperialistischen Gegner im Osten gezwungen, die beschönigend "Nachrüstung" genannt wird. Insbesondere herrscht eine Disparität auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen, die im wesentlichen Westeuropa betreffen. Die USA drängen mit imperialistischer Folgerichtigkeit auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Hierbei stoßen sie auf Widerstände bei den europäischen Verbündeten, Widerstände, die keinesfalls die militärische Zweckmäßigkeit der Nachrüstungsmaßnahmen betreffen, ist doch unbestritten, daß man die militärische Überlegenheit über den Gegner erreichen muß. Es geht vielmehr um den politischen Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und schließlich um seine politische Substanz, d.h. um die Frage, ob sich die verschiedenen Mitgliedstaaten heute bedingungslos der Offensivpolitik des amerikanischen Imperialismus unterwerfen wollen. Der sog. "Nachrüstungsbeschluß" wird zu einem ersten politischen Test für die Einstimmigkeit und letztendlich den Zusammenhalt der NATO.

Eine breite pazifistische Bewegung hat sich gegen diese Nachrüstung etabliert. Die Opposition gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa reicht bis hinein in die regierenden SPD und FDP. Auch in andren westeuropäischen Ländern wie den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Norwegen erkennt man eine ausgeprägte Tendenz, sich einer militärischen Stärkung des NATO-Bündnisses zu widersetzen. Bei diesen letzteren Ländern ist ein klassisches, kleinstaatliches Beiseite-sein-Wollen erkennbar, das - wie zwei Weltkriege lehren - die Einbeziehung in den imperialistischen Konflikt niemals verhindern kann. Im Falle der BRD ist es aber objektiv und zum Teil auch subjektiv etwas anderes. Zu groß ist das weltwirtschaftliche und auch weltpolitische Gewicht des Landes, zu groß seine militärische Bedeutung in Europa. Eine Verschiebung - selbst nur hin zum Neutralismus - beinhaltet hier entscheidende Änderungen der Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab. Gerade hier liegt das Dilemma, das sich in der BRD besonders kraß zeigt. Den imperialistischen Verflechtungen und den Zwängen des Imperialismus des "eigenen" Landes kann man sich nur in einer revolutionären Perspektive entziehen, in einer Perspektive, die sich die Zerstörung der kapitalistischen Weltordnung und nicht eine angeblich friedliche oder neutrale Politik auf der Grundlage der Herrschaft des Kapitals zum Ziel setzt. Die pazifistische Bewegung kann daher nur Illusionen verbreiten und festigen helfen. Hier liegt ihre Klassenbedeutung gegenüber dem Pro-

letariat. Zugleich dient sie bewußt oder unbewußt einer bestimmten imperialistischen Lösung. Hier liegt ihre Bedeutung im Gerangel der imperialistischen Mächte. Schauen wir uns vor diesem Hintergrund die Bewegung gegen die sog. Nachrüstung an.

Zunächst ist festzuhalten, daß sie sehr heterogen zusammengesetzt ist und die Motive für die Ablehnung der Nachrüstung stark differieren. Das gibt es die *Gesinnungspazifisten* ohne Hintergedanken, die eigentlichen kleinbürgerlichen Friedensapostel, die mit nichts als ihrer kläglichen und hilflosen Moral bewaffnet, dem unerbittlichen Mahlstrom des imperialistischen Zeitalters zu entrinnen glauben.

Da gibt es weiter die *Eiferer des russischen Imperialismus* (DKP und diverse trotzkistische Gruppierungen), denen es hinter der Maske von aufrichtig um den Frieden besorgten Pazifisten nur darum geht, die westlichen Kriegsvorbereitungen zu stören, damit die östlichen umso reibungsloser vorstatten gehen können. Offene Fürsprecher des einen zukünftigen Kriegslagers, dessen Militarismus nur dem Frieden diene, ja das im kommenden Krieg "seine" Proletarier nur für den Frieden ihr bürgerliches Vaterland verteidigen läßt und auf die Proletarier des anderen Lagers schießen läßt.

Schließlich gibt es dann noch die breite Palette derer, die auf der Welle *neutralistischer Tendenzen* schwimmen. Hier tritt man die Auffassung, daß die Aufrüstung nicht mehr nötig wäre, wenn man gleiche Distanz zu beiden Supermächten halten würde. Getragen wird diese Position von vielen "linken" Gruppen, Teilen der SPD und der FDP sowie den Gewerkschaften und relativ breite Strömungen der Kirche. Die "Linken" und die sog. christlichen Linken, die keine Rücksicht auf die Realpolitik zu nehmen brauchen, sind mehr oder weniger offen für den radikalen Austritt beider Teile Deutschlands aus den vorhandenen Bündnisssystemen. Und vonseiten der neutralistischen Kräfte in der regierenden Sozialdemokratie und bei den Freien Demokraten ist man für erste kleine Schritte in dieselbe Richtung, was sich politisch in einer zunehmenden Distanzierung von den USA und ihrer Politik und in einer Schönfärberei des russischen Imperialismus ausdrückt, dem man eine defensive Politik bescheinigt. Es handelt sich dabei um eine wahrhaft vaterländische Strömung, der es im Grunde um eine *selbstständige Wehrpolitik* Deutschlands geht und die die sog. Nachrüstung als Bestandteil der US-Strategie ablehnt. Das Ergebnis einer solchen Politik könnte nur darin bestehen, das militärische Gewicht der BRD zu erhöhen und damit auch ihre Trümpfe in der Stunde der Entscheidung zu vermehren.

In der zur Zeit massiv auftretenden Friedensbewegung vermischen sich diese drei Tendenzen und lassen sich nicht immer klar voneinander abgrenzen. Die pazifistische Bewegung hat mithin nicht nur Wur-

zeln in *sozialen Schichten kleinbürgerlicher Prägung* (welche sowohl was die Klassegegensätze anbelangt, wie auch was die äußere Politik betrifft, immer einen versöhnlicherisch-"neutralen" Standpunkt einnehmen), sondern sie entspringt ebenso wohl aus der eigentümlichen Rolle, die der westdeutsche Staat geopolitisch spielt. Dies erklärt, warum sich in der BRD ein typisch kleinbürgerlicher Pazifismus eng mit einem pazifistischen Neutralismus verbindet, der bis hinein in die herrschende Klasse reicht. Die jüngste Debatte in der SPD, aber auch in der FDP, über den NATO-Doppelbeschluß, die zu einer Zerreißprobe für die Regierungskoalition geworden ist, verdeutlicht das Gewicht, das diese Strömung inzwischen bekommen hat. Niemals zuvor wurde in solcher Offenheit innerhalb der Bourgeoisie die Frage diskutiert, ob die bisherige Politik der vorbehaltlosen Verankerung im westlichen Bündnis und der kompromißlosen Unterstützung der amerikanischen Politik nicht überholt sei. Die Zeit ist zwar noch nicht reif für eine radikale Änderung der bisherigen Orientierung des westdeutschen Imperialismus, aber sie ist offensichtlich reif für erste Schritte in Richtung auf die Distanzierung vom amerikanischen Imperialismus.

Daß die Frage des Bündnisses zunehmend aufkommt, kennzeichnet unsere Epoche erneut als Epoche der Vorbereitung des III. Weltkrieges, in dessen Vorfeld sich die verschiedenen Mächte gruppieren müssen. Und die Tatsache, daß eine definitive Entscheidung des deutschen Imperialismus - um die die beiden Weltmächte zunehmend und mit allen Mitteln ringen werden - noch nicht unmittelbar auf der Tagesordnung steht, zeigt, daß wir uns noch nicht am Vorabend des Krieges befinden.

Daß die neutralistischen Strömungen in der BRD eng mit der "deutschen Frage" zusammenhängen, zeigte sich jüngst in der Kontroverse über die Vorschläge von Gaus (SPD, ehemaliger Leiter der BRD-Vertretung in der DDR), deutsch-deutsche Konsultationen auch über die "Sicherheitspolitik" einzuführen. Wir sehen hier deutlich eine nationale, d.h. auf beide Teile Deutschlands bezogene Politik durchschimmern.

Die bürgerliche FAZ erkennt durchaus klar den Konflikt, der aus dem Widerstreit von deutsch-nationaler Politik und Westbindung entstanden ist: "Die eigenständige, nationale Politik der Deutschen, welche Rücksicht auf die Landsleute in der DDR nehmen muß und deshalb auch auf die Interessen der Sowjetunion, liege in einem Interessenkonflikt mit der internationalen Sicherheitspolitik, zu der sich die Bundesrepublik in der NATO bekennt." (9.2.81).

Zugeständnisse in der deutschen Frage zusammen mit wirtschaftlichen Vorteilen (man denke nur an die Erdgaslieferungen) sind auch die Lockmittel, mit denen die SU - die natürlich auch ihr militärisches

Gewicht in politischen Einfluß umzumünzen versteht - die BRD in ihren Bannkreis zu ziehen versucht. Die *Westpolitik der SU* fördert bewußt die neutralistischen und pazifistischen Tendenzen in der Ostpolitik der BRD. Die Angebote eines Raketenmoratoriums vonseiten Breschnews - vom Standpunkt ausgewogener militärischer Kräfteverhältnisse ein Witz - sind in diesem Sinne zu verstehen. In dem westdeutschen Pazifismus trifft sich also ein opportunistisches, extrem nationales Bestreben mit der systematischen Westpolitik der östlichen imperialistischen Großmacht.

Und die logische Konsequenz dieses vom Nationalismus geprägten Neutralismus und Pazifismus ist weder der Frieden noch die Neutralität, sondern - wie es kluge Realpolitiker in der Bourgeoisie wissen - ein möglicher *Bruch des westlichen Bündnisses bzw. ein Bündniswechsel* und dementsprechend auch der Versuch der USA, dies zu verhindern - eine *weltpolitische Machtfrage*, um die der Krieg ausbrechen kann oder die durch den Ausbruch des Krieges geklärt werden wird.

In diesem Kräftefeld muß sich die deutsche Bourgeoisie zwangsläufig "spalten", in ihr müssen sich zunehmend Kräfte differenzieren, die die eine oder die andere Lösung maßgeblich tragen können. Die offizielle Politik muß aber trotz einer gewissen Nachgiebigkeit gegenüber den neutralistischen Tendenzen sich heute noch scharf von ihnen abgrenzen, wohl wissend, daß die Zeit eben noch nicht reif ist und daß die Risiken einer anderen Politik noch nicht kalkulierbar wären.

Die pazifistische Bewegung ist somit nicht allein eine falsche Reaktion auf den Kurs hin zur Vorbereitung des III. Weltkrieges: Sie ist - ob sich ihre Teilnehmer dessen bewußt sind oder nicht - *Bestandteil dieses Kurses*. Sie hat von vornherein ihren *Burgfrieden* mit dem deutschen Imperialismus geschlossen, dem sie zu einer "besseren" Verteidigung seiner Interessen verhelfen möchte. Sie steht vom Anbeginn im *Bündnis mit staatsstragenden Kräften*. Durch die Verbreitung der Schreckensvisionen vom atomaren Holocaust versucht sie nicht, das Proletariat zum Kampf gegen den Kapitalismus anzuspornen, sondern ihm die Sicht für eine eigene, klassenmäßige, revolutionäre Lösung der Frage des imperialistischen Krieges zu sperren. Die moralische Friedensideologie, die sie predigt, ist der Idee des Klassenkampfes absolut feindlich. Nicht von ungefähr tragen die Gewerkschaftsbürokratien die pazifistische Bewegung mit.

Das Proletariat kann nicht pazifistisch sein. Es ist für den Klassenkrieg. Unter der Devise "Die Arbeiter haben kein Vaterland" und "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" bereitet es sich darauf vor, auf den imperialistischen Krieg mit revolutionärem Defaitismus und mit der Revolution zu antworten.

Für eine proletarische Perspektive im Kampf gegen die Repression in der Armee

Der Redaktion von *Proletarier* ist ein Flugblatt der "Gruppe Delmenhorster Antimilitaristen" zugesandt worden, in dem aufgerufen wird zur Solidarität mit dem Soldaten und Vertrauensmann Jürgen F., der am 14.5. in der Arrestzelle der Wittekind-Kaserne in Wildeshausen eingeknastet wurde. Ihm wird vorgeworfen, die Regimentsfahne mit den Worten "Soldaten sagen nee zur Bürgerkriegsarmee" beschnitten zu haben, als er als stellvertretender Wachhabender eingeteilt war. Die Kasernenleitung hatte hiermit endlich den Anlaß gefunden, dem aktiven Vertrauensmann, der sich immer für seine Kameraden eingesetzt hatte, nach etlichen vorausgegangenen Schikanen den entscheidenden Schlag zu versetzen. Sofort wurden Kripo und militärischer Abschirmdienst eingeschaltet, die Jürgen und seine Kameraden stundenlang verhörten. "Man will ihm einen Denkkettel verpassen und mit ihm jedem Soldaten dieser Armee zeigen, was passiert, wenn man Kritik übt", heißt es im Flugblatt der o.g. Gruppe. Am 20.5. wurde Jürgen 150 km weiter entfernt in die Arrestzelle der Lipperland-Kaserne nach Lippstadt verlegt, mit der Begründung, er stelle aufgrund seiner angeblichen Beziehungen zu "linken und terroristischen Gruppierungen im Raum Bremen-Delmenhorst" bei dem geplanten "Tag der offenen Tür" in der Wittekind-Kaserne eine akute Gefahr dar...

Dies zeigt einmal mehr - wie unzählige, bekannte oder anonym gebliebene Fälle -, mit welcher Härte die Repression in der Armee sich gegen jeden entfesselt, der für die Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen in der Kaserne eintritt und es wagt, sich gegen den Kadavergehorsam aufzulehnen. Es ist die Pflicht jedes klassenbewußten Proletariats, sich dem Terror in der bürgerlichen Armee

entgegenzustellen, sich mit Jürgen und allen anderen zu solidarisieren, und zwar unabhängig von seiner politischen Auffassung, die wir übrigens nicht kennen; es handelt sich um Fragen der *Klassensolidarität*.

Wir begrüßen, daß sich innerhalb wie außerhalb der Armee Gruppen bilden, die sich die Solidarität mit den von der Repression getroffenen Soldaten zur Aufgabe machen. Es stellt sich aber die wichtige Frage nach den Mitteln und Zielen, mit denen dieser Kampf geführt werden soll. So sind z. B. die in diesem Falle vorgeschlagenen Protestschreiben an den Bataillionskommandanten oder den Wehrbeauftragten kein geeignetes Mittel. Sie stellen kein *Druckmittel* dar; die Militärhierarchie kann dahinter keine *organisierte Kraft* erkennen. Die Offiziere aber reagieren nur, wenn auf sie *kollektiv* Druck ausgeübt wird, wenn sie Unruhe unter den Soldaten und/oder außerhalb befürchten.

Dieser kollektive Druck entsteht oft spontan innerhalb der Kasernen, z.B. durch Befehlsverweigerung, Kantinenboykott usw. Er hat aber bis heute nicht den Charakter einer länger anhaltenden und organisierten Aktion angenommen; von einer Soldatenbewegung kann bei uns nicht die Rede sein. Sicherlich stehen deshalb heute nur kleine Schritte auf der Tagesordnung. Dadurch verliert aber die Frage der *Einstellung zur bürgerlichen Armee und der Perspektive der Solidarität* mit den Proletariern in Uniform nicht an Bedeutung. Denn der Kampf innerhalb der Armee sowie die Solidarität, die von außen den sich auflehrenden Soldaten zukommen muß, lassen sich mit dem Ziel der Demokratisierung und Humanisierung der Armee nicht vereinbaren. Denn es gehört zur Funktion der bürger-

lichen Armee, die proletarischen Rekruten für die innen- und außenpolitischen Ziele ihres Klassenfeindes *abzurichten*. Es ist die Funktion des Disziplinarterror, den Proletariern das Hirn aus dem Schädel zu blasen, damit sie später ohne Widerstand auf ihre Klassenbrüder schießen und sich als Schlachtvieh in den imperialistischen Krieg treiben lassen. Kadavergehorsam gehört zur bürgerlichen Armee wie die Fliege zum Dreck. Mehr oder weniger Demokratie wird weder etwas an diesem Charakter der bürgerlichen Armee ändern, noch einen neuen Weltkrieg verhindern können. Im Gegenteil, sogenannte demokratische Strukturen können in der Armee eine ergänzende Funktion zum Offizierterror erfüllen. Und das Vertrauen in jegliche Demokratie in der Armee kann nur dazu führen, daß die Soldaten, die Widerstand leisten, der hereinbrechenden Repression wehrlos ausgeliefert werden.

Das Ziel der Demokratisierung und Humanisierung der Armee ist also nicht allein im allgemeinen eine Illusion, sondern es steht auch dem täglichen Widerstandskampf im Wege.

Verlangt der Kampf in der Kaserne gut durchdachte Sicherheitsmaßnahmen und im allgemeinen eine klare Einschätzung des Klassencharakters der Armee, so verhält es sich mit der Solidarität nicht anders. Eine Solidarität, die Illusionen bezgl. des Feindes verbreitet, kann natürlich keinen Kampfwillen unter den Proletariern schüren. Bewußt oder unbewußt trägt sie dazu bei, die *Fronten zu verwischen*. Und schon deshalb kann sie nicht der Entstehung einer klassenmäßigen Organisation dienen. Und je mehr sich die Episoden von Widerstand in der Kaserne mehren werden, desto mehr wird sich gerade eine solche Organisation als bitter notwendig erweisen.

Der Widerstand in der Armee und die Solidarität mit den unter dem Armeeterror stehenden Proletariern in Uniform muß daher mit dem *proletarischen Antimilitarismus* verknüpft werden. Dies gilt bereits auf der Ebene des Tageskampfes. Dies gilt aber umso mehr auf der Ebene der allgemeinen Zielsetzungen: Es geht nicht um die Reformierung bzw. Demokratisierung der bürgerlichen Armee, sondern um ihre *Zersetzung*.

Die Zersetzung der Armee, die zugleich das Ergebnis der proletarischen Revolution wie die Voraussetzung ihres Sieges darstellt, ist als solche auch die Klassenantwort, die einzige realistische Antwort auf einen neuen Weltkrieg. Dazu schrieben wir in einem von uns letztes Jahr verteilten Flugblatt:

"Proletarischer Antimilitarismus heißt, dafür zu arbeiten und zu demonstrieren, daß mit dem Wiederentstehen des Klassenkampfes auch die Voraussetzungen entstehen, damit die Proletarier in Uniform einmal IHRE WAFEN GEGEN DIE VORGESetzten und nicht gegen die in- und ausländischen Klassenbrüder richten.

Proletarischer Antimilitarismus heißt, den proletarischen Rekruten demonstrativ zu zeigen, daß sie der bürgerlichen Armee, die ihren Willen brechen will und ihnen Kadavergehorsam aufzwingt, nicht isoliert ausgeliefert sind. Das bedeutet, die Kampfeinheit der Proletarier in Zivil mit den Proletariern in Uniform zu schaffen."

FÜR DIE SOLIDARITÄT MIT JÜRGEN UND ALLEN VERFOLGTEN KÄMPFERN IN DER ARMEE!
FÜR DIE KAMPFEINHEIT DER PROLETARIER IN UNIFORM MIT DEM GESAMTEN PROLETARIAT!
FÜR DEN PROLETARISCHEN ANTIMILITARISMUS!

Erste Lehren der Wahlen in Frankreich

Die Präsidentschaftswahlen sowie die sich aus ihnen ergebende Änderung der Regierungspolitik in Frankreich machen es nötig, die politische Lage in diesem Land und die Haltung der verschiedenen Klassen und politischen Kräfte zu umreißen. Wir werden hier einige Punkte ansprechen, die in unserer französischen Presse noch eingehender behandelt werden.

Die politischen Gegensätze in der französischen Bourgeoisie

Die Entwicklung der internationalen Krise hat seit mehreren Jahren die alten Gegensätze zwischen verschiedenen Flügeln innerhalb der französischen Bourgeoisie wieder aufleben lassen. Auf der einen Seite gibt es einen Flügel, der den französischen Imperialismus seinem unvermeidlichen Niedergang anzupassen versucht und der nach einem selbständigen Spielraum im Rahmen der internationalen Abhängigkeitsverhältnisse sucht. Ihm gegenüber steht der andere Flügel, der den Niedergang nicht hinnehmen will und sämtliche Kräfte um den Staat zusammenzufassen sucht, um das Erworbene, die alte "Größe" usw. zu verteidigen.

Diese zwei Strömungen, die sowohl innerhalb der alten Mehrheit aufeinander treffen (Giscard-Anhänger und Gaullisten) als auch in der neuen Mehrheit (PS und KPF) und selbst innerhalb der PS (Rocard-Anhänger und CERES) vorhanden sind, verbindet jedoch die gemeinsame Überzeugung, daß die Macht des französischen Imperialismus international gesehen zunächst auf der Tatsache beruht, daß der große europäische Konkurrent, nämlich Deutschland, geteilt ist, aber auch die französische Herrschaft in Afrika und eine starke "Präsenz" im Mittelmeerraum voraussetzt.

Der heute in beiden Lagern vorherrschende Einfluß der sogenannten "internationalistischen" Tendenz jedoch sowie die Polarisierung zwischen Giscard und Mitterand bei den Wahlen haben während der Wahlkampagne einen weiteren Gegensatz in der französischen Bourgeoisie hervortreten lassen, der durch beide Lager hindurchgeht. Er betrifft die Art und Weise, wie die ökonomische mit der sozialen Frage verknüpft wird.

Auf der einen Seite haben wir es mit der liberalen Richtung zu tun, die freilich dem senilen Imperialismus angepaßt wurde, wo der Staat bekanntlich überall in der Wirtschaft seine Finger im Spiel hat und seine Nase in die Beziehungen zwischen den "Sozialpartnern" reinsteckt. Diese Richtung hat sich selbstverständlich auch auf Europa eingestellt: Selbst ein Barre weiß aus Erfahrung, daß die europäischen Staaten sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht weniger stabil als Amerika sind und daß ihr Liberalismus durch eine gehörige Portion staatlicher Kontrolle und sozialem Reformismus gedämpft werden muß.

Auf der anderen Seite steht die reformistische Richtung, die traditionell vom "linken" Lager repräsentiert wird. Die verschiedenen Schattierungen dieser Richtung, die vom rechten Sozialisten Rocard bis Marchais (KPF) reichen, gehen alle davon aus, daß eine Wirtschaftspolitik, die ohne ein Minimum an sozialem Konsens geführt wird, große soziale Risiken mit sich bringt. Man darf sich von den demagogischen Erklärungen der KPF gegen die Sparpolitik nicht täuschen lassen. Sie bedeuten nur, daß man auch die KPF berücksichtigen muß, wenn dieser Konsens von Bestand sein soll. Aber auch hier erweisen sich diese Reformisten als überaus realistisch. Sie alle wissen, daß ihr sozialer Reformismus gemäßigt werden muß von einem guten Maß an Liberalismus, "freier Konkurrenz", dem Kampf gegen den "übertriebenen Zentralismus", der Verringerung der Unternehmenslasten usw.

Diese zwei Richtungen können also durchaus zu Kompromissen kommen, von ihrem grundlegenden gemeinsamen Programm (starke und aggressive Unternehmen, eine hart arbeitende Arbeiterklasse, ein fester und mächtiger Staat, der auf alles gefaßt ist) ganz zu schweigen.

Die Bedeutung des Sieges der PS für die Bourgeoisie

Mit dem Staatsstreich vom 13. Mai 1958 gelang es dem Gaullismus, eine chauvinistische Strömung, die als Reaktion auf die kolonialen Niederlagen in Indochina und Algerien entstanden war, auszunutzen, um eine starke Regierung zu bilden. Eine Krise erschütterte die französische Gesellschaft und man brauchte eine Regierung, die imstande wäre, den daraus entstandenen zentrifugalen Tendenzen zu widerstehen, die Modernisierung des Staatsapparates und der kapitalistischen Strukturen zu gewährleisten, insbesondere um die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen.

In dem Maße, in dem der Gaullismus dieses Ziel erreichte, konnte man auf ihn immer mehr verzichten. Vor diesem Hintergrund gewann innerhalb der parlamentarischen Mehrheit die alte liberale Rechte in Form des Giscardismus langsam wieder an Boden, und vor demselben Hintergrund kam es innerhalb der Opposition, vor allem nach den Ausbrüchen vom Mai 68, zur Renaissance der nicht-kommunistischen Linken.

Die PS hat ihre alten Traditionen wieder aufgenommen: die aus der Volksfront entstandene Idee der "Einheit der Linken" und einen humanistischen Demokratismus, dessen Wurzeln im kleinbürgerlichen Radikalismus und Sozialismus der Vorkriegszeit, namentlich bei Léon Blum liegen. Sie hat aber auch die Tradition des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft, versehen mit einem Schuß sozialen Denkens wieder aufgenommen, die sich offen auf Keynes und Roosevelt beruft (diese Tradition hatte auch der Gaullismus zeitweilig aufgenommen, Chirac hat sie jedoch wieder abgelegt). Schließlich hat sie auch das Erbe des sozialen Reformismus angetreten. Sie vertritt ihn in der erneuerten "Selbstverwaltungsvariante", die den neuen Mittelschichten so heilig ist, die von der PS fleißig umworben werden und die es ihr reichlich vergelten.

Was die Haltung des französischen Imperialismus betrifft, so zeichnet sich im Augenblick, abgesehen von der Verlangsamung des Nuklearprogramms und dem Liebesaugen mit Israel (aber natürlich nicht so weit, daß die französischen Interessen im arabischen Lager beeinträchtigt werden), kaum eine Veränderung der Politik ab, wenngleich die PS im Vergleich zu Giscard über einen viel größeren Spielraum verfügt. Auch wenn die PS-Regierung gewisse Änderungen in der Nahostpolitik und der Afrikapolitik einführen sollte, auch wenn sie auf eine stärkere Distanzierung von den USA drängen wird, so handelt es sich auf jeden Fall um eine Politik, die von den Interessen des französischen Imperialismus diktiert wird. Dabei wird die PS aber durch Beimischung sozialer Demagogie versuchen, das Proletariat um die nationalen Interessen zu scharen: Sozialimperialismus reinsten Wassers!

Damit kommen wir zur wichtigsten Veränderung, die auf dem Gebiet der "Innenpolitik" liegt. Hier wird eine Richtung eingeschlagen, die im Widerspruch zur internationalen Tendenz (Reagan, Thatcher) steht. Das erklärte ökonomische Ziel ist das *Wiederankurbeln der Wirtschaft durch die Steigerung der Nachfrage*, die natürlich sehr selektiv - und ergänzt durch die Wiederankurbelung des Angebots - vor sich gehen soll. Vom sozialen Standpunkt besteht das Ziel in einer *neuen Aushandlung der sozialen Garantien* und nicht in ihrer brutalen Abschaffung, mit anderen Worten, man will zu einer Politik zurückkehren, die auch der deutschen Bourgeoisie vorschwebt, von der aber die italienische Bourgeoisie z.B. abgeht, da ihr ausreichende imperialistische Reserven fehlen.

In der Praxis geht es um das - freilich sehr schwierige - Ziel, durch eine Reihe von kleinen Zugeständnissen einerseits einen Vertrauensvorschuß zu gewinnen, andererseits ein ganzes Netz von Mitbestimmungsstrukturen aufzubauen, um breite soziale Schichten (mittlere Angestellte, Arbeiteraristokratie, Mittelstand) in den Staat einzubinden und eine Reihe institutionalisierter Stoßdämpfer zu schaffen. Solche Strukturen fehlen in Frankreich noch, und es ist klar, daß sie von der Arbeiterklasse nicht anerkannt werden, wenn ihre Entstehung nicht mit gewissen materiellen Zugeständnissen einhergeht. Und diese Strukturen wie das angesprochene Vertrauenskapital sind bitter notwendig, denn sie bilden ja die Grundlage für die anvisierte Durchführung einer Austeritätspolitik, die in den Wunschvorstellungen der Bourgeoisie ohne größere soziale Erschütterungen vor sich gehen soll.

Die Apathie der Arbeiterklasse

Dieser Ausdruck stammt nicht von uns. Mit ihm hat die PS die Haltung der Arbeiterklasse während der Wahlkampagne umschrieben. Diese abwartende Haltung der Arbeiterklasse ist eine zusätzliche Bestätigung eines Phänomens, welches bereits in den vergangenen Jahren mit dem Rückgang der Streiks und den Austritten aus der Gewerkschaft zum Ausdruck kam und welches die reformistischen Apparate und die Bourgeoisie selbst zu Recht beunruhigt.

Die Tatsache, daß dieser "Rückzug" der Arbeiterklasse im großen und ganzen mit dem Zerbrechen der Linksunion 1977 und der Niederlage der Linksparteien bei den Parlamentswahlen 1978 zusammenfiel, hat

die linken Gruppierungen in ihrer Auffassung bestärkt, daß die Arbeiterklasse das Zusammengehen von PS und KPF braucht. Es stimmt, daß der Gedanke der "Einheit" in den Reihen der Arbeiterklasse äußerst lebendig ist, sowohl im Hinblick auf die "gewerkschaftliche Einheit" als auch auf die "Einheit der Linken". Es stimmt, daß sich breite Schichten zum Kampf ermutigt fühlen, wenn sich die Einheit der Apparate verwirklicht. Dieser Gedanke, der sich aus einer langen Gewohnheit der Verbindung von unmittelbarem Kampf und parlamentarischer und reformistischer Aktion ergibt und der sich während der Volksfront von 1936 verfestigt hat, muß jedoch als ein Kennzeichen der Ohnmacht der Arbeiterklasse betrachtet werden und nicht als ein Hebel für ihre Kampfbereitschaft.

Das Bezeichnende ist also, daß der Rückfluß der Kämpfe nicht nur von einer Enttäuschung über die Spaltung der Linken begleitet wird, sondern vor allem von einem *Loslösen* von dieser Perspektive, die sie anzubieten hat. Dieses Loslösen macht sich insbesondere unter der proletarischen Jugend bemerkbar: immer breitere Teile werden heute mehr und mehr "unkontrollierbar", wie die Reformisten sagen, und damit sehr viel anfälliger für die Revolte.

So waren trotz der Bildung eines engen Wahlblocks zwischen KPF, PS und linken Gruppierungen nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen die Demonstrationen am 1. Mai die schlechtesten besuchten und die lahmsten der vergangenen 10 Jahre. Und dennoch hat die Arbeiterklasse Mitterand gewählt. Sie hat es mangels einer Kampfallternative getan und nicht aus Enthusiasmus. Und erst in den allerletzten Tagen vor dem zweiten Wahlgang haben gewisse Arbeiterschichten die Hoffnung gewonnen, die Wahl könnte irgendeine Erleichterung gegenüber dem wachsenden Druck des Kapitals herbeiführen.

Hierin liegt einer der Gründe, die die PS dazu veranlassen, "schnell zu handeln", um in den kommenden Wochen einen Teil der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Und der Ausgang der Parlamentswahlen, bei denen die PS einen beträchtlichen Stimmengewinn verbuchen konnte, zeigt, daß die politische Taktik der PS zunächst durchaus erfolgreich gewesen ist und mit Wahldemagogie auf's engste zusammenhängt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Lage ist die politische Haltung der KPF zu verstehen.

Die politischen Turnübungen der KPF

Zweifellos hat die KPF ernsthafte Differenzen mit der PS was die Haltung des französischen Imperialismus betrifft, ist sie ja viel mehr auf die Verteidigung der französischen Selbständigkeit und "Größe" bedacht, die sie in einer Annäherung an Moskau am besten vertreten sieht. Es wäre aber falsch, den Bruch der Linksunion allein darauf zurückzuführen. Dank ihres Einflusses auf die Arbeiterklasse kann der Staat in einer sozialen Krisensituation auf die Zusammenarbeit mit der KPF nicht verzichten, egal wie diese Zusammenarbeit aussieht: ob nun Regierungsbeteiligung oder Opposition, offene oder versteckte Unterstützung, Unterstützung von innen oder von außen. Die Distanz, die die KPF gegenüber der PS eingenommen hat, ist zweifellos auch auf das Bedürfnis zurückzuführen, die proletarischen Reaktionen auf die kapitalistische Offensive zu kanalisieren.

Dieser Rückzug der KPF, die sich für die Republik auf der Reservebank hält, hat also nichts zu tun mit einem sektiererischen Wahn ihrer Führer, einer Rückkehr der alten Dämonen des Stalinismus oder gar einer Manipulation durch Moskau. Er entspricht vielmehr einer sozialen Funktion des Reformismus. Ihre "selbstisolierende" Haltung mag der KPF Stimmenverluste bei den Mittelschichten (Techniker, mittlere Angestellte, Lehrer usw.) und bei Arbeiterschichten eingetragen haben, die ihr gefolgt sind, weil sie der "Einheit der Linken" und dem volkstümlichen und humanistischen Ton der KPF tief verbunden sind. Dies ist aber der Preis, der gezahlt werden muß, will man versuchen, die sich in der Arbeiterklasse bemerkbar machende Loslösung in Grenzen zu halten.

Selbstverständlich bedeutet diese Isolierung der KPF keine Rückkehr zu Klassenpositionen. Die KPF hat einen härteren Ton angeschlagen, allerdings um mit aller Macht in Richtung auf den Sozialchauvinismus zu arbeiten, dessen Grundlage im Bündnis der Arbeiterbürokratien und der Arbeiteraristokratie mit dem imperialistischen Staat besteht. Dies erklärt den offenen Versuch der KPF, die Arbeiter mit ihrem Aufruf "Produzieren wir französisch!" und mit Ihrer auslän-

derfeindlichen Politik, die bis hin zum Einsatz von Planierdraht gegen das Ausländerwohnheim in Vitry ging, zu spalten. Dies erklärt auch ihren ständigen Ruf nach einer Verstärkung der Polizei, der mit der Sicherheit der Bürger begründet wird.

Der beste Beweis für diese Funktion eines *sozialen Auffangbeckens*, die die oppositionelle Haltung der KPF hat, ist die Forderung nach einer "Regierung mit kommunistischen Ministern" als Garantie für die Befriedigung der Arbeiterinteressen. Braucht man diese Minister nicht, wie es angesichts des Wahlerfolgs der Sozialisten bei den Präsidentschaftswahlen anschließenden Parlamentswahlen wohl der Fall sein wird, so bleibt die KPF in einer Art Opposition, in der sie sich legitimiert. Braucht man nun die KPF in der Regierung, so wird sie allein deshalb von heute auf morgen erklären, daß die Regierung nunmehr eine ganz andere Natur hat, selbst wenn die Regierungspolitik nicht im geringsten geändert wird.

Die 68er Linke ist dahin

Diese Behauptung, die wir bereits vor 3 Jahren aufgestellt haben, wurde von der Wahlkampagne voll und ganz bestätigt. Die Wahlperiode ist nicht nur die Zeit der falschen Versprechen (Übrigens immer derselben), sondern auch, und besonders für die, die revolutionäre Phrasen dreschen, die Zeit der offenen Kompromittierung.

So hat sich die 68er Linke in zwei Strömungen geteilt, die ihre - wie es sich gehört "kritische" - Unterstützung entweder für den traditionellen oder für den stalinistischen Flügel der Sozialdemokratie bekunden, d.h. für die PS oder die KPF. Beide haben den Sieg der PS natürlich als einen Sieg des Proletariats gefeiert, das damit der Revolution einen Schritt näher gekommen wäre.

Die gesamte 68er Linke oder besser gesagt die Überreste dieser Linken haben, vom offiziellen Maoismus über den Trotzkismus bis hin zum Spontaneismus, ganz zu schweigen von den Selbstverwaltungsanbetern der PSU z.B., alle ihre anti-reformistischen Gelüste erschöpft. Sie haben jede Fähigkeit zu einer wirklichen Opposition gegenüber den reformistischen und sozialimperialistischen Linksparteien und Gewerkschaften verloren, denen sie sich voll und ganz anschließen und die sie mit einem proletarischen Mäntelchen zu umgeben versuchen.

Dies verleiht den Linksparteien, vor allem über die CFDT (Gewerkschaft, die der PS nahesteht), wieder die verlorengegangene opportunistische Manövrierfähigkeit, die die CGT (Gewerkschaft, die der KPF nahesteht) langsam einbüßt. Dies führt aber auch zu Reaktionen in Richtung auf den Anarchismus und das Anti-Parteilertum, die je nachdem, wie schnell es wieder zum Entstehen sozialer Unruhen kommt, sich entweder vornehmlich in doktrinären Sekten oder dem Terrorismus kristallisieren, oder von den Theorien der Autonomen, den Theorien gemischter Organisationen (Rätesozialismus und Anarchosyndikalismus) aufgefangen werden.

Die sozialistische Regierung und der proletarische Kampf

Zweifellos werden nur wenige Staaten in den wirtschaftlichen Stürmen, die sich bereits auf internationaler Ebene ankündigen, keinen Schiffbruch erleiden. Und es ist klar, daß sich der Erfolg bürgerlicher Politik dann daran messen wird, ob es gelingt, die Arbeiterklasse unter ihrem Joch zu halten.

Die Politik der PS kann sich also auf die Arbeiterklasse noch verheerender auswirken als die Politik Barres. Dies hängt aber nicht zuletzt von der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung ab, denn damit die Arbeiterklasse den Köder anbeißt, muß man ihr einen Köder zuwerfen können.

Was jedoch Mitterand in den Präsidentensessel gehievt hat, waren eher einerseits die Ablehnung der alten liberalen Regierungsschliche und andererseits die Machenschaften des Lagers um Chirac, als eine Mobilisierung der Arbeiterklasse für Mitterand selbst. Gerade dies wird die unabwendbare Sparpolitik der neuen Regierung erschweren und vielleicht dazu beitragen, der Arbeiterklasse schon bald die Augen zu öffnen.

Die mehr oder weniger offene Zusammenarbeit aller sogenannten "proletarischen" oder "revolutionären" politischen Kräfte mit dem Staat, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo dieser seine antiproletarische Offensive in welcher Form auch immer verstärken muß, verschaffen der revolutionären marxistischen Partei größere Möglichkeiten, propagandistisch und organisatorisch zu wirken.

Frankreich Aktivität der Partei während des Wahlkampfes

Der wirkliche Sinn der Präsidentschaftswahlen in Frankreich wie der aller bürgerlichen Wahlen ist es, die Arbeiterklasse aufzurufen, die Repräsentanten zu wählen, die während ihres Mandats ihre Interessen mit Füßen treten werden, und sie vom Klassenkampf abzulenken. Indem unsere Partei zum Boykott des Wahlzirkus aufrief, d.h. indem sie dazu aufrief, den direkten Kampf gegen die kapitalistische Klasse und ihren Staat zu führen und diesen Kampf vorzubereiten, zeigte sie in der Praxis ihren absoluten Gegensatz nicht nur zu allen bürgerlichen Parteien, egal ob sie von Bürgern, Kleinbürgern oder Arbeitern gewählt werden, sondern auch zum demokratischen System, dessen Zerstörung und nicht dessen Eroberung wir immer gefordert haben. Für uns sind Parlamentswahlen heute kein Mittel revolutionärer Propaganda mehr, und Präsidentschaftswahlen waren es für Marxisten nie.

Das bedeutet aber nicht, daß uns die Wahlen gleichgültig wären. Sicherlich mußten wir in unserer französischen Presse zeitweilig diese "Urnenschlacht" wegen der wichtigen Ereignisse, die sich z.B. in Polen abspielten, etwas zurückstellen. Aber wir haben nichtsdestoweniger die politische Bedeutung der Wahlen betont: Man mußte der ideologischen Verblödung durch Fernsehen, Rundfunk und Presse entgegenreten, die wie immer nicht nur darauf abzielt, die Proletarier während der Wahlperiode vom unmittelbaren sozialen Kampf abzulenken, sondern darüberhinaus auch in der Arbeiterklasse den nötigen Pegel Gift der demokratischen Ideologie zu bewahren, damit die kollektive Klassengewalt gewisse Grenzen nicht überschreitet.

Alle kandidierenden Parteien, "linke" wie rechte, haben schon seit langem ihr wahres Gesicht gezeigt: Die KPF war von 1944 - 1947 an der Regierung, um die französischen Proletarier dazu aufzurufen, die Ärmel hochzukrempeln und um die französische Luftwaffe nach Algerien zu schicken, um die aufständischen Städte zu bombardieren. Was die PS betrifft, so war sie mit Mitterrand persönlich an der Regierung während des Algerienkrieges. Während der Wahlkampagne war es gerade wichtig zu zeigen, daß alle diese Parteien, die KPF wie die PS, linke wie rechte, trotz ihrer Abgrenzungsversuche sehr wohl ihr gemeinsames Programm haben: Sie rufen die französischen Arbeiter dazu auf, noch mehr für ihr Vaterland zu arbeiten, die ununterbrochenen Raubzüge des französischen Imperialismus zu unterstützen, und sie bereiten sie darauf vor, in dem kommenden imperialistischen Kon-

flikten freiwillig als Kanonenfutter zu dienen. Das Einzige, was die Linke der Rechten vorwirft, ist zu "unvorsichtig" zu sein in Zeiten drohender sozialer Unruhen. Die Linke rühmt sich, diese sozialen Unruhen verhindern zu können, dank des Vertrauens, das die Arbeiter in sie haben - notfalls indem sie Gewalt anwendet, falls sie überrollt wird. Die Krise ist da, die PS muß an die Regierung, sagte Mitterrand.

Unsere Partei begnügte sich in ihrer Presse und ihrer sonstigen Propaganda nicht damit, die Wahlversprechen der verschiedenen bürgerlichen Parteien miteinander zu vergleichen, um zu zeigen, daß im Grunde nur eine einzige Politik verteidigt wird, die die kapitalistische Offensive gegen die Arbeiterklasse hinter den schönen Parolen der nationalen Interessen Frankreichs verdeckt. Es ging ebenso darum zu zeigen, was die chauvinistischen Phrasen der Politiker aller Schattierungen verbergen. Während der Wahlperiode waren es gerade die Gewehre der französischen Armee, die die Kolonialordnung in Guadeloupe oder im "selbständigen" Senegal verteidigten, dort, wo die Proletarier aus Stadt und Land bestimmt nicht den Ausgang der Wahlen abwarten, um sich gegen die Statthalter des französischen Imperialismus aufzulehnen. Diese Tatsachen zeigen klar und mehr als alles andere, welches die wirkliche Bedeutung der Reden über die "Verteidigung des französischen Ansehens in der Welt" ist, ob sie nun aus dem Mund der Giscard-Anhänger oder der "Kommunisten", aus dem Mund der Gaullisten oder der "Sozialisten" kommen.

Für eine kommunistische Partei, die diesen Namen verdient, erfordert die Wiederaufnahme des offenen und direkten Kampfes der proletarischen Massen gegen die Bourgeoisie und ihren Staat einen unaufrichtigen Kampf gegen die parlamentarischen und demokratischen Vorurteile der Massen, mit deren Hilfe die Bourgeoisie versucht, diese Wiederaufnahme hinauszuzögern und zu behindern. Deshalb versucht unsere Partei, die Entlarvung des parlamentarischen Täuschungsmanövers nicht nur mit der Propaganda für die revolutionären Ziele (bewaffneter Aufstand, Zerstörung des demokratisch-parlamentarischen Staates und Errichtung der proletarischen Diktatur) zu verbinden, sondern auch mit der Vorbereitungsarbeit für die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, und zwar sowohl der einheimischen wie auch der ausländischen Arbeiter, mit einer Arbeit, die von den linken Gruppen auf der Suche nach "Stimmen" immer mehr im Stich gelassen und direkt sabotiert wird.

Haltung gegenüber dem Regierungswechsel

Die Haltung der revolutionären Kommunisten zu den linken Regierungen geht aus jenen Thesen von Rom (1922), die wir in dieser Zeitung abdrucken, klar hervor. Eine solche linke Regierung wie die heutige PS-Regierung in Frankreich ist keineswegs ein Trojanisches Pferd, das die Arbeiterklasse in die feindliche Festung des kapitalistischen Staates hineingeschmuggelt hätte. Ganz im Gegenteil besteht ihr Ziel ja gerade darin, diese staatliche Festung mit neuen Schutzwallen gegen jede proletarische Bedrohung zu umgeben. Die kommunistische Revolution bereitet sich gegen die Unternehmer und gegen die ganze Staatsmaschinerie vor. Sie muß sich also auch gegen die Regierung vorbereiten.

Gewappnet mit dieser unversöhnlichen Haltung müssen die Kommunisten jedoch die Politik der PS, vor allem in dem, was sie von der Politik der vorhergehenden Regierung unterscheidet, mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Der PS geht es darum, die Arbeiterklasse mit Zugeständnissen zu ködern und so ihr Vertrauen zu gewinnen. Sie wird dieses Vertrauen dann sofort auszunutzen versuchen, um die Opfer, die die weitere Rationalisierung des Wirtschaftsapparates des französischen Imperialismus erfordert, schmackhaft zu machen.

Die revolutionäre marxistische Haltung gegenüber diesen Zugeständnissen ist die folgende:

1. Kampf dafür, daß diese Zugeständnisse durch die Organisation eines starken Drucks der Arbeiterklasse so groß wie möglich sein werden. Die Postarbeiter von Créteil, die unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen einen Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach verbesserten Arbeits- und Kampfbedingungen geführt haben und dabei erfolgreich waren (wir werden auf diesen Streik in unserer Presse zurückkommen), geben uns ein praktisches Beispiel dafür, welchen Weg man einschlagen muß. Man darf sich weder in der Frage der 35-Stunden-Woche noch der drastischen Erhöhung des Mindestlohns oder der Verteidigung der ausländischen Arbeiter usw. durch erste Zu-

geständnisse, die ja nur ein Spaltungs- und Ablenkungsmanöver darstellen, zurückhalten lassen. Man muß im Gegenteil die Chance ausnutzen, um das Maximum zu er-

Fortsetzung auf S. 8

Die Kommunisten und die linken Regierungen

Aus Anlaß der Bildung einer Regierung unter Führung der Sozialistischen Partei in Frankreich, aus Anlaß der ersten Beschwichtigungsmaßnahmen dieser neuen Regierung, die von der linken Presse hierzu in den Himmel gelobt werden, veröffentlichten wir hier einen Auszug der "Thesen über die Taktik" der KP Italiens aus dem Jahre 1922. Die KP Italiens wurde damals noch von der Kommunistischen Linken geführt, auf deren Kampf innerhalb der Kommunistischen Internationale wir uns berufen. Die Thesen von 1922 waren ein Beitrag für die Klärung der schwierigen Fragen der revolutionären Taktik, die damals Gegenstand einer Debatte innerhalb der Komintern waren. Die Erfahrungen der späteren Jahre und vor allem die tragische Entwicklung der Komintern selbst bestätigten die Richtigkeit dieser Thesen, die der Leser in der Nr. 13 unserer Zeitschrift "Kommunistisches Programm" vollständig finden kann. Die Thesen zeigen die für uns bindenden taktischen Richtlinien, unter anderem auch gegenüber den sogenannten linken Regierungen des bürgerlichen Staates, die allgemeine Haltung, die man nicht aufgeben darf und von der man ausgehen muß, um entsprechend den Kräfteverhältnissen und der gegebenen sozialen Lage die einzelnen taktischen Schritte, Maßnahmen, Forderungen und Losungen festzulegen.

"Die Linke strebt keineswegs danach, irgendwie vorzuschreiten, um den Fuß auf eine Stufe zu setzen, die politisch und wirtschaftlich zwischen dem kapitalistischen und dem proletarischen Regime steht. Ihre politischen Forderungen entsprechen im Gegenteil meistens den Bedingungen einer besseren Wirksamkeit und Verteidigung des modernen Kapitalismus, sowohl ihrem Inhalt nach, als auch durch die Illusion, die sie den Massen einflößen, diese könnten die bestehenden Institutionen für ihre Emanzipation benutzen. (...) Dies gilt auch für die reformistische Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet: wenn sie überhaupt erst realisiert wird, dann nur mit der Absicht und in dem Maße, daß sie den revolutionären Drang der Massen zurückhält.

Eine Regierung der bürgerlichen Linken oder gar eine sozialdemokratische Regierung können wohl als Annäherung an den Endkampf für die proletarische Diktatur betrachtet werden, aber nicht in dem Sinn, daß sie dafür bessere wirtschaftliche oder politische Voraussetzungen schaffen oder gar dem Proletariat größere Freiheit für die revolutionäre Organisation, Vorbereitung und Aktion bieten würden. Eine solche Hoffnung wäre tödlich. Aus Gründen der Theorie und der blutigen Erfahrung weiß die kommunistische Partei (und es ist ihre Pflicht, dies zu verkünden), daß solche Regierungen dem Proletariat nur solange Handlungs-

freiheit gestatten, wie es sie für seinen Vertreter hält und verteidigt, während sie einen Kampf der Massen gegen den demokratischen Staatsapparat mit der grausamsten Reaktion entgegenreten. Wenn die Errichtung solcher Regierungen nützlich sein kann, so in einem ganz anderen Sinn, nämlich insofern ihr Tun es dem Proletariat erlaubt, aus den Tatsachen selbst die praktische Lehre zu ziehen, daß nur die Errichtung seiner Diktatur zu einer wirklichen Niederlage des Kapitalismus führt. Und es ist klar, daß die kommunistische Partei ein solches Experiment nur dann gründlich und nützlich verwerten kann, wenn sie von vornherein das Versagen solcher Regierungen verkündet und gleichzeitig eine feste unabhängige Organisation aufrechterhalten hat, um die sich das Proletariat einreihen kann, wenn es gezwungen wird, sich von den Gruppen und Parteien, deren Regierungsexperiment es zum Teil unterstützte, abzuwenden. (...)

Andererseits darf die kommunistische Partei nicht übersehen, daß die Forderungen, auf der die Agitation des Linksblocks beruht, die Massen interessieren und oft sogar in ihrer Formulierung deren wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, und die kommunistische Partei darf keineswegs die oberflächliche These vertreten, daß solche Konzessionen abzulehnen sind, bloß weil die endgültige und totale revolutionäre Eroberung die Opfer der Proletarier wert sei. Eine solche Behauptung wäre sinnlos und hätte zur Folge, daß die Proletarier weiter den Demokraten und Sozialdemokraten nachlaufen und unter ihrem Einfluß bleiben würden. Die kommunistische Partei wird daher die Arbeiter auffordern, nach den Zugeständnissen der Linken zu greifen, aber als Experiment, dessen schlechten Ausgang die Partei in ihrer Propaganda klar voraussagen wird, wobei sie gleichzeitig die Notwendigkeit unterstreichen wird, daß das Proletariat, soll es ungeschlagen davonkommen, seine organisatorische und politische Unabhängigkeit nicht auf dieses Spiel setzt. Die kommunistische Partei wird die Massen auffordern, von den sozialdemokratischen Parteien zu verlangen, daß diese für die Erfüllung der Versprechen der bürgerlichen Linken haften und ihre eigenen Versprechen einhalten. Mit ihrer unabhängigen und unnaheherigen Kritik wird sich die kommunistische Partei darauf vorbereiten, aus den negativen Ergebnissen des Experiments zu profitieren: wird ja dadurch klar, daß die ganze Bourgeoisie in der Tat eine Einheitsfront gegen das revolutionäre Proletariat bildet, und daß die Parteien, die sich Arbeiterparteien nennen, aber eine Koalition mit einem Teil der Bourgeoisie eingehen, nichts anderes als ihre Komplizen und Agenten sind."

Blut, Schweiß und Tränen oder notwendige Grausamkeiten

"Wir leben am Ende eines Zeitalters der Sorglosigkeit und Sorgenlosigkeit (...). Wir alle werden uns erschrecken (...). Politische Endzeitstimmung (...), Symptome des Siechtums (...). Die Krankheitsmerkmale zeigen sich allenthalben". In solchen düsteren Farben malt die deutsche Bourgeoisie die Zukunft ihrer Gesellschaftsordnung. Die hier wiedergegebenen Stichworte zur ökonomischen und politischen Krise stammen von Theo Sommer, Chefredakteur der "Zeit", der in einem Leitartikel vom 5.6.81 eine Bestandsaufnahme versucht, um - wie viele andere - der eigenen Klasse die bevorstehenden Aufgaben einzufleischen.

Die sozial-liberale Koalition - zu deren publizistischen Tragsäulen die "Zeit" gehörte - ist nicht mehr das Sinnbild der Stabilität, der reformistischen Integrationsfähigkeit und des außenpolitischen Ausgleichs früherer Jahre; sie sei "ausgelaugt, am Ende ihrer Kräfte, angelangt an der Grenze ihrer Nützlichkeit". Die Bourgeoisie muß sich neu formieren, frisches Blut muß an die Front! An die Front einer Klassenoffensive gegen das Proletariat, die bisher nur in ersten Ansätzen verlief. Doch vor dieser unausweichlichen KLASSENAUFGABEN drücken sich bis heute sämtliche bürgerlichen Parteien, denn die Bourgeoisie ist sich völlig darüber im klaren, was es heißt, das berühmte soziale Netz aufzukündigen, die Stoßdämpfer zwischen den Klassen abzuschaffen: Es heißt KLASSENKAMPF. Wer nimmt das Messer in die Hand und beschließt die unauf-schiebbaren "ökonomisch notwendigen Maßnahmen" für das Jahr 1982, die in der ausnahmsweise richtigen Sicht des aufgeblasenen Bundeskanzlers ein "viel größere-

res politisches Gewicht haben als die Auseinandersetzungen über abrüstungspolitische Fragen"? Wer setzt einen entsprechenden Haushaltsplan für 1982 durch? Die Koalition will nicht mehr; die CDU möchte die Drecksarbeit der Koalition überlassen: "Die Sehnsucht zum Regierungswechsel ist bei uns weniger ausgeprägt denn je zuvor". Und: "Die sollen jetzt erst einmal die notwendigen Grausamkeiten machen. Danach nehmen wir ihnen den Stift aus der Hand." So zwei CSU-Abgeordnete anläßlich der Haushaltsdebatte (SZ, 5.6). Wieder einmal entlarvt sich die parlamentarische Demokratie. Es geht nicht um "Volksvertretung", "freies Spiel der Meinungen" usw., sondern um KLASSENAUFGABEN der Bourgeoisie, die gelöst werden müssen. "Wer die Aufgabe löst" - schreibt die zitierte "Zeit" -, "ist am Ende gleichgültig; Hauptsache, daß sie gelöst wird".

Löst die SPD die Aufgabe weiter, so wird sie ihre Integrationsfähigkeit verlieren. Die Rolle als Garant des sozialen Friedens kann sie als Regierungspartei immer weniger erfüllen. Deshalb ist sie heute schon oft Regierung und Opposition zugleich. Die "Krise des SPD" - wie später ihre Verdrängung in die Opposition - hat eben diese Bedeutung: die verlorengehende Integrationsfähigkeit wieder zu erlangen.

Dabei dienen die pessimistischen Visionen in den bürgerlichen Medien nicht allein dazu, die bürgerlichen Politiker an ihre Aufgaben zu erinnern. Sie dienen auch als propagandistische Offensive gegen das Proletariat, das man von der Notwendigkeit, ja Unentrinnbarkeit von Opfern überzeugen will. Die "Zeit" wieder in ihrem Leitartikel: "Wir können nicht mehr verteilen, als wir erarbeiten. Wenn wir die Auswüchse des

Sozialstaates nicht kappen, werden seine Fundamente einstürzen ... Wenn wir es ermöglichen, daß ein Mensch durch Nichtarbeiten mehr verdient als durch arbeiten..., dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß wir bankrott gehen".

Dieser übrigens INTERNATIONALE Originalton des Kapitals dient nicht nur der "Krisenbewältigung" auf dem Rücken des Proletariats. Sie steht auch im Zeichen der Kriegsvorbereitung: Materiell, um Gelder für die Rüstung freizubekommen; ideologisch-politisch, um das Proletariat ausschließlich auf die nationalen Interessen zu orientieren. Theo Sommer weiter, der sich und seine Reihen eintrümt für die neue Epoche der Kriege und Klassenkriege: "Wir Lebenden haben unsere Rollen für ein ganz bestimmtes Stück geprobt, und jetzt entdecken wir, daß wir in einem anderen, ganz verschiedenen Stück auftreten müssen". Und gemäß dieser Rolle trümt er das "Volk" nach kapitalistisch-faschistischer Manier ein: "Das Volk weiß, daß Wohlstand und soziale Sicherheit und hohe Militärausgaben in ein neues Gleichgewicht gebracht werden müssen. Es ist bereit, auch einschneidende Maßnahmen hinzunehmen. Es wartet seit langem auf eine 'Blut-Schweiß-und-Tränen'-Rede. Es wird in seiner Mehrheit jenem Politiker Gefolgschaft geleistet, der sie als erster hält". Und er verlangt vom "Bürger" wieder "Mut zum Dienen (...), Mut zur Leistung, Mut zur Bescheidenheit".

Diesen Mut braucht das Proletariat nicht, sondern umgekehrt Mut zum Klassenkampf, und es wird ihn aufbringen, um seine eigene Klassenlösung wahrzumachen: Blut, Schweiß und Tränen für die Bourgeoisie - die notwendigen Grausamkeiten nicht zu vergessen.

»Autonomia Operaia« oder der Reformismus von unten

In der letzten Ausgabe des "Proletarier" haben wir uns mit der Losung der "Selbstbestimmung" auseinandergesetzt und gezeigt, auf welcher materiellen Grundlage derartige Auffassungen Sympathien gewinnen. Wir wollen diese Auseinandersetzung fortsetzen mit der politischen Haltung der Strömung der Autonomen. Dies geschieht nicht zuletzt wegen der hiesigen Bestrebungen, die jüngsten Kampferfahrungen von Jugendlichen und Hausbesetzern vom Standpunkt sogenannter autonomer Auffassungen zu bewerten. Dabei ist es zum besseren Verständnis einer in Deutschland erst im Ansatz stehenden Strömung und Diskussion sehr lehrreich, sich das Beispiel der italienischen "Autonomia Operaia" anzuschauen, wobei wir hier von den verschiedenen Schattierungen absehen werden, um uns auf diejenigen Positionen zu konzentrieren, die hier tendenziell am ehesten aufgegriffen werden.

Ihre Ursprünge liegen in der Studentenbewegung der 68er Jahre und der damals gebildeten Gruppe "Potere Operaio". Ausgangspunkt ihrer theoretischen Auffassungen (wie all jener, die immer wieder etwas "Neues" entdecken und ebenso unermüdetlich "neue Theorien" aushecken) ist, daß die "traditionelle Arbeiterklasse" nicht mehr die revolutionäre Klasse, sondern eine "verbürgerlichte", kampfunfähige und parasitäre Klasse wäre. Demgegenüber stünde das "neue Proletariat", d.h. die breite und undifferenzierte Masse aller Unterdrückten und Unzufriedenen und vor allem derjenigen, die über kein regelmäßiges Einkommen verfügen. Allein aus der Tatsache, daß die kapitalistische Krise die sogenannten "Randschichten" mit besonderer Härte trifft und sie zu entsprechenden Abwehrmaßnahmen zwingt, folgert Autonomia (wie vor ihr Marcuse), daß sie auf-

grund allein dieser sozialen Lage unmittelbar revolutionär wären.

Im Mittelpunkt der autonomen Betrachtungen steht nicht ein politisches Programm, sondern das vergötterte Individuum. Ein Prinzip der bürgerlichen Ideologie wird hier wieder aufgetischt: die materiellen Prozesse werden als Produkt des individuellen Willens betrachtet. Daher sei auch die Revolution möglich, wenn man sie nur wolle. Weshalb zu bestimmten Zeitpunkten nur so wenige sie "wollen", und weshalb sie selbst dann scheiterte, als auch viele sie "gewollt" hatten, auf diese entscheidenden Fragen wird man bei Autonomia keine Antwort finden, denn an sie kann man nur mit einer deterministischen Auffassung und mit der Kampferfahrung einer revolutionären Klasse herangehen.

Und worauf stützt sich Autonomia in ihrer Annahme eines "neuen Klassenkampfes"? Auf die mit der "Ablehnung der Arbeit" einhergehende Vergrößerung des Arbeitslosenheeres, das sich mit Schwarz- bzw. Gelegenheitsarbeit herumzuplagen hat. Ohne danach zu fragen, warum noch die kämpferische Unterstützung derjenigen fehlt, die das "Privileg" eines "sicheren" Arbeitsplatzes genießen, fordert Autonomia den Verzicht: In Ermangelung eines breiten und gemeinsamen Abwehrkampfes von Beschäftigten und Arbeitslosen sucht sie nicht etwa Abhilfe zu schaffen im Kampf gegen die von der Bourgeoisie geschürte Konkurrenz im Proletariat, sondern sucht das Heilmittel in der Zementierung dieser Konkurrenz.

Ausgerechnet die Schwarzarbeit, diese mieseste Form individueller Plackerei, interpretiert Autonomia als die Anfänge eines gegen das traditionelle Ausbeutungssystem entstehenden Freiraumes, als die Entstehung von "Inseln der Gegenmacht", als eine

Vorwegnahme der "Praxis des möglichen Kommunismus". Seine Mitglieder würden zur Armut und zum nackten Überlebenskampf in den Grenzen einer kapitalistischen Sparpolitik verdonnert sein. Für diejenigen, die nicht einmal das "Glück" haben, sich durch diese Überausbeutung über Wasser zu halten, sieht das "revolutionäre Zukunftsprogramm" der Autonomia die "Öffnung von Einkommensfreiräumen" vor, bzw. "Freiheit für die neuen proletarischen Generationen" für den Status, Sozialhilfeempfänger zu werden. "Befreiung vom Kapital" heißt in dieser Perspektive nichts anderes, als sich vom kapitalistischen Staat aushalten zu lassen. In der Phantasie der Autonomen würden sich hiermit ganz automatisch die Taschen des Staates leeren. Das Kapital würde nämlich jetzt in die Taschen der stets anwachsenden Hilfsbedürftigen fließen. Da der Staat hiermit zugleich politisch geschwächt werde, könnte man sich ja die mühselige Vorbereitung einer proletarischen Revolution ersparen. Einfach genial, dieser legendäre Reformismus! Man braucht nur jedem Arbeiter seine Entlassung als gewolltes Moment seiner "Verweigerung" ins Bewußtsein zu trichtern, die ihm den Eintritt in den "Kommunismus" verschafft und auch zur Zersetzung des Staates beitrage... wenn er nur ein "Bedürfnis nach dem Kommunismus" verspüre.

Dank dieser individuellen Triebkräfte und durch einzelne Gewaltaktionen würde man nach und nach Zugeständnisse erringen und Reformen durchsetzen. Schrittweise würden der kapitalistische Staat, die kapitalistische Gesellschaft, schließlich das bürgerliche Recht aufgegeben werden und verschwinden. Der revolutionäre Kampf wird durch eine Politik der schrittweisen Ersetzung der bestehenden Verhältnisse ersetzt, die sich vom klassischen Reformismus nur dadurch unter-

scheidet, daß sie sich auf Gewalt beruft. In dieser Vision wird der "Kommunismus" innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ebenso vorweggenommen, wie das Himmelreich Gottes in Gestalt religiöser Sekten der versklavten Kreatur.

Hier haben wir die Weltanschauung vom Standpunkt des Einzelindividuum, dessen soziale Isolation nur durch den proletarischen Kampf überwunden werden kann und muß, um nicht der bürgerlichen Ideologie des demokratischen Prinzips zum Opfer zu fallen. Letztere bietet ihm keine anderen Aussichten als den alles verzehrenden und verzweifelt Kleinkrieg aller gegen alle, in dem es nur Gute und Böse gibt, aber keine Klassen. Daß diese elende individuelle Sichtweise ein Hindernis im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen die bürgerliche Repression und selbst zur Verteidigung gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen darstellt, versteht sich von selbst. Sie erübrigt und behindert ja gerade die organisatorischen Bindungen, die militante Disziplin, den nicht allein lokalen oder nationalen, sondern internationalen Zusammenhalt, die koordinierten und systematischen Aktionsvorbereitungen, die nötig sind, wenn der Klassenkampf ein ernsthafter Krieg und keine Phrase sein soll.

Sofern Flügel von Autonomia sich für die unmittelbaren Reaktionen gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse interessieren, so neigen sie dazu, diese Reaktionen von vornherein als eine politische Offensive zu theorisieren; und wenn sie eine Verbesserung der Lebensbedingungen fordern, die als solche mit dem Kapitalismus vereinbar sind, ist das für sie ein Schritt

Fortsetzung auf S. 8

Zur Krise des KBW

Mit Siebenmeilenstiefeln zur vollständigen Kapitulation vor der bürgerlichen Ordnung

Der KBW ist eine der Organisationen gewesen, die sich im Laufe des Zerfallsprozesses der Studentenbewegung gebildet haben. Diese Organisationen waren gekennzeichnet durch den Versuch, *schnellstmöglich* eine politische Avantgarde zu bilden, um die studentische Unrast, die seit 1969 auch schon von ersten proletarischen Kämpfen begleitet wurde, in eine "Volksrevolution" zu leiten. Doch hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Gewicht der konterrevolutionären Traditionen, d.h. insbesondere die materielle Kraft der regenerierten bürgerlichen Gesellschaft zur Besänftigung sozialer Unruhe sowie das lähmende Opium des Stalinismus und des Sozialdemokratismus, tat das Seine, um jene nach einer Orientierung suchenden "Revolutionäre" auf einen für den bürgerlichen Staat schließlich ungefährlichen Weg zu bringen. Die Ungeduld ist eine Mutter des Opportunismus, sagte Trotzki einmal. Ohne Bindung an eine kommunistische Tradition, schutzlos der eigenen politischen und sozialen Vergangenheit ausgeliefert, ohne politische Waffe (nach der man ja erst auf der Suche war) den vielfältigen Einflüsterungen kleinbürgerlicher Ideologien ausgeliefert, mußte sich das Gros der westdeutschen Linksradiakalen dem Stalinismus in seiner radikalen Variante, dem Maoismus, zuwenden. Es war nämlich das damals noch als Außenseiter im Konzert der bürgerlichen Nationen auftretende, seine bürgerliche Macht erst durch einen chaotischen Prozeß konsolidierende China, das überdies seinen Gegensatz zum russischen Imperialismus auf ideologischer Ebene mit sozialistischer Phrase (mit der übrigens viele jungfräuliche Nationalstaaten kokettieren) austrug, das als Störenfried des internationalen status quo für die Störenfriede des westdeutschen status quo eine unlegbare Anziehungskraft hatte. Somit entstanden die maoistischen Parteiversuche, die dazu verurteilt waren - Schicksal des Opportunismus überhaupt - einen Zyklus von der revolutionären Phrase zu einer "realpolitischen" Anpassung zu durchlaufen. Durch ihre Bindung an den maoistischen Stalinismus waren sie von vornherein infiziert gewesen mit dem Gift von Nationalismus, Demokratismus und Reformismus. Es war eine Frage der Zeit, wann sie, abgeschliffen durch die Stabilisierungsprozesse ihres chinesischen Vaterlandes (das bald zu einer Stütze des amerikanischen Imperialismus wurde) sowie durch die zersetzende Kraft einer sozial wie politisch immer noch ungünstigen Wirklichkeit, die sektiererische Form ablegen und den demokratisch nationalen Inhalt ihrer Politik offen kundtun würden.

Nach der KPD (die sich vollständig auflöste; siehe "Proletarier" Nr. 8), der KPD/ML (die nun zu einer Partei von offenen reformistischen Biedermännern wurde),

ist nun auch der KBW soweit. Dieser Organisation, die seit 1973 existiert, war es bisher gelungen, den Zerfallsprozeß des Maoismus durch eine Abschottung nach außen, durch eine extreme Formalisierung der innerorganisatorischen Vorgänge, durch formale Disziplinierung der Mitglieder, durch immer stärkere Nichtbeachtung der "Außenwelt" usw., aufzuhalten. Ein solcher Rückzug nach "innen", mithin die Sektiererei - für die alternativen und anarchistischen Besserwisser von heute Kennzeichen jeder Partei - war Ausdruck des wachsenden Widerspruchs zwischen Phrase und Wirklichkeit, und als solcher betrifft er nicht minder die erwähnten "Kritiker" selbst, auch wenn diese nicht mit dem formalen Anspruch auftreten, eine Partei zu sein.

Der KBW mußte daher früher oder später kapitulieren, schizophoren werden oder die Organisation auf einen Anpassungskurs bringen. Letzteres würde aber eine Anpassung sein, die nicht in Richtung auf eine wirklich kommunistische Orientierung laufen würde, sondern in Richtung auf Demokratie, Nationalismus und "Volksnähe", denn inzwischen hatten man ja jene kleinbürgerlichen Prinzipien fast ein Jahrzehnt geschult, propagiert und verteidigt.

Der politische Zerfall des KBW hatte nun folgende Meilensteine. Zunächst sah man sich gezwungen, einen "rechten Flügel" anzuschließen, der einen nicht-sektiererischen Reformismus wollte und der sich nach der Abtrennung zu einem sozialdemokratisch-alternativen Studienzirkel namens "Komitee für Demokratie und Sozialismus" entwickelte. Dann kam es zur Spaltung in einen BWK (Bund westdeutscher Kommunisten), der noch weiterhin die sektiererische, unangepaßte Form opportunistischer Politik beibehalten wollte und einen KBW, der sich nunmehr auf den mühsamen Weg der Anpassung machte und dabei übereifrig gleich das unverhüllt reaktionäre Kind mit dem (Anpassungs-)Bade ausschüttete.

Wir hatten gesagt, Anpassung des Maoismus an die Wirklichkeit wäre zwangsläufig Kapitulation vor der bürgerlichen Ordnung. Für diese These gibt der Artikel "Einige Thesen zur Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten" aus der KVZ vom 25. Mai 1981 eine in ihrer Deutlichkeit nicht zu überbietende Illustration.

Auch wenn der KBW, wie die anderen maoistischen Gruppen, niemals inhaltlich die kommunistische Parteauffassung verteidigt hat, so hatte er doch formell an der Idee von der Notwendigkeit der Partei, als der politischen Avantgarde der Klasse, festgehalten. Diese Tatsache überhaupt war es, die das sektiererische an dieser Organisation ausmachte, entspra-

chen doch Organisationsform und Anspruch und demokratischer Inhalt der Politik nicht einander. Nun wird das eine dem anderen angepaßt. Auf der theoretischen Ebene wird dies durch einen wahrhaft lächerlichen Trick, eine kindische Wortspielerei, vollbracht:

"Wir müssen den Gedanken überwinden (wo doch Gedanken so schwer zu überwinden sind!), als könne es Identität geben zwischen der Partei der Arbeiterklasse und der Organisation der Kommunisten."

Und jetzt kommt der große Zaubertrick, mit dem es dem KBW gelingt, sich weiterhin nur noch bäuchlings "der Arbeiterklasse", d.h. praktisch ihrem rückständigsten Teil, zu nähern.

"Die Partei der Arbeiterklasse kann nichts anderes sein als die Arbeiterklasse selber (!), die entsprechend ihren Interessen mittels Organen der Klasse mehr oder weniger bewußt und zweckmäßig Partei ergreift."

Später in diesem Artikel wird die politische Selbstaufgabe noch einmal bekräftigt:

"Es ist gefährlich, die Organisation der Kommunisten als HÖCHSTE (vom KBW unterstrichen) Form der Klassenorganisation zu verstehen."

Nun dürfte es nicht mehr unverständlich sein, wenn man an anderer Stelle liest, daß es darum ginge, "die engen Schranken der eigenen Organisation (zu) überwinden..." Das ist die Erklärung der Selbstauflösung!

Nachdem der KBW somit seine politische Kapitulationsurkunde unterschrieben hat, geht er dazu über, auch vor den weiteren entscheidenden Fragen des Klassenkampfes die Waffen zu strecken. Ja man redet einer Politik das Wort, die offen und unzweideutig die Unterstützung und Schönfärberei derjenigen Institutionen gutheißt, die die Arbeiterklasse unter die Botmäßigkeit des westdeutschen Imperialismus bringt. Die Arbeiterklasse, so lautet die neue Linie, ergreife nämlich Partei durch die heutigen Gewerkschaften. Nicht genug damit, dem DGB das Attest, ein Teil der Partei der Arbeiterklasse zu sein, auszustellen, entblödet man sich nicht, ihm gar revolutionäre Qualität zuzuerkennen:

"Die Gewerkschaften sind nicht nur Organe des alltäglichen Kampfes gegen die Kapitalisten, sie sind auf Grund ihres Klassencharakters der Tendenz nach Organe des Klassenkampfes, in denen sich die Arbeiterklasse allen bürgerlichen Kräften feindselig entgegenstellen kann und an bestimmten Punkten auch bereit ist."

Diese "kommunistische" Organisation will also die Arbeiterklasse ohne Wenn

und Aber nicht nur sich selbst überlassen, sondern sogar diejenige Institution stärken, die die Klasse in den Fesseln der Sozialpartnerschaft hält. Gerade in einer Zeit, wo erste kleine Gruppen von kämpferischen Arbeitern sich aufgrund ihrer Erfahrungen mit der kapitalfreundlichen Politik der Gewerkschaften mühselig zur Erkenntnis durchringen, daß eine wirkliche Klassenopposition zur Verteidigung der Arbeits- und Lebensinteressen nur gegen die "gewerkschaftliche" Politik und den "gewerkschaftlichen" Apparat durchzusetzen ist, befühlwortet der KBW eine Politik, die den Erfahrungen des fortgeschrittensten Teiles des Proletariats Hohn spricht.

Nicht genug damit, solch ein Schindluder mit dem Proletariat zu treiben, das von sich aus immer wieder zur Konfrontation mit einem "gewerkschaftlichen" Apparat getrieben wird, dem der KBW den Stempel "revolutionär" gibt, auch der reaktionären Institution Betriebsräte stellt man freimütig einen revolutionären Freibrief aus:

"Letztenendes ergreift die Arbeiterklasse mittels der Räte Partei... Eine Besonderheit in Westdeutschland als Resultat früherer Klassenkämpfe besteht darin, daß solche Räte in Form von Betriebsräten bereits existieren."

Die Betriebsräte seien zwar noch nicht revolutionär, aber sie würden es schon werden. Das wagt eine Organisation zu sagen, die sich noch kommunistisch nennt! Es ist blanker Hohn, insbesondere den kämpferischen Arbeitergruppen und Arbeitern gegenüber, die sich allmählich und schmerzhaft von der Illusion der Ausnutzung der Betriebsräte befreien!

Was will der KBW überhaupt noch tun? Viel bleibt ja nicht mehr. Folglich beschränkt man sich darauf, wie es in einem Absatz heißt, "Einsichten" zu verbreiten, zu überprüfeln, weiterzuentwickeln und weiterzuverbreiten. Was das wohl für Einsichten sein werden?! Und natürlich fehlt auch nicht der Hinweis auf die Richtung, in der man "die engen Grenzen der eigenen Organisation" überschreiten möchte. Man soll sich "nach der wirklichen Bewegung richten", und man müsse "die Verbindung mit allen Kräften suchen, die in einen, sei es auch nur partiellen Widerspruch zum Kapitalismus und zum bürgerlichen Staat geraten". Das heißt auf gut deutsch: Anbiederung an die jeweils aktuelle Bewegung und damit Nachtrablertum als politische Perspektive.

Einer solchen Organisation, die auf ganzer Linie vor der bürgerlichen Ordnung kapituliert hat und sich im Grunde selbst für überflüssig hält, kann man nur noch zurufen: Ruhe sanft!

Fortsetzung von S. 1

Häuserkampf und Repression in Neapel

Pulverfaß Neapel

Neapel wird zum Brennpunkt der sozialen Krise. Das Wohnungsproblem, das hier auch schon vor dem Erdbeben äußerst akut war und bereits zur Bildung von Komitees gegen Zwangsmietungen geführt hatte, erstreckt sich plötzlich auf große Massen. Offiziell beträgt die Zahl der Obdachlosen in Neapel nach dem Erdbeben 120.000. So beginnen spontane Besetzungen von öffentlichen Gebäuden, vor allem Schulen, leerstehenden Wohnungen und anderen Notquartieren. Allein im Dezember steigt die Anzahl der Besetzer auf 45.000. Schon von Anfang an verteidigt die Polizei an mehreren Orten das Recht der Besitzer, die Wohnungen leer zu halten. Allein in Neapel gibt es jedoch leerstehende Wohnungen mit schätzungsweise insgesamt 70.000 bewohnbaren Zimmern. So sieht sich die Kommunalverwaltung unter dem enormen, wenn auch noch unorganisierten Druck gezwungen, einige Beschlagnahmen von leeren Wohnungen vorzunehmen. Doch sie geht dabei sehr zögernd vor, und das hat seinen guten Grund: die national-kommunistische KPI, die in Neapel mit einer "roten Koalition" im Gemeinderat sitzt, zögert, weil sie dadurch ihre klein- bis mittelbürgerliche Wählerschaft verärgern und sich entfremden würde! Und das sagt sie sogar ganz offen. Dafür versuchen KPI und Gewerkschaften, die Lehrer und Schüler zu mobilisieren und gegen die Besetzer der Schulen aufzuhetzen, um dadurch die Zwangsäumung der Schulen zu erreichen. Doch wohin mit den Obdachlosen?

Dazu wird in perfekter Zusammenarbeit zwischen lokaler "roter" Stadtregierung und nationaler christdemokratischer Regierung ein umfassender Notstandsplan vom Stapel gelassen: "freiwillige" Deportation der Bevölkerung, sowohl aus den Berggebieten als auch aus Neapel, um freie Hand zu haben für einen Wiederaufbau ohne "Störungsmomente". Bezweckt wird damit teils eine endgültige und billige Massenentfremdung der armen Bauern, teils eine Entfernung der Bevölkerung aus den Stadtzentren, die für die Bauspekulation viel zu interessant sind als daß man sie in Händen einer proletarischen und halbproletarischen Bevölkerung lassen könnte.

Es scheint uns unerträglich, den "roten" eurokommunistischen Bürgermeister Valenzi zu zitieren, handelt es sich ja dabei um den Vertreter einer Kraft, die dieselben Ansprüche stellte wie z.B. die - freilich lokal bornierte - AlternativeListe: "Wir hätten die Leute gerne massiv in den Kasernen, auf Schiffen und in Klöstern untergebracht, und das aus gutem Grund: So hätten wir sie leichter aus den besetzten Schulen rausgekriegt... und es hätte weniger Wider-

stand gegeben. Solange sie in den Schulen sind, mitten in ihren Stadtvierteln, also nahe dort, wo sie ihren Beschäftigungen nachgehen, wird es schwer sein, sie davon zu überzeugen, sich woanders unterbringen zu lassen."

Es besteht also die Absicht, nicht nur die Schulen zu räumen, sondern die Leute in Baracken- und Wohnwagenquartieren weit weg am Stadtrand oder außerhalb der Stadt zusammenzupferchen, wo man sie dann leichter vergessen kann. "Wer sich weigert, sich in Wohnwagen oder auf Schiffen einquartieren zu lassen, verliert jegliches Anrecht auf ein Notquartier."

Dieser Massendeportationsplan kam jedoch praktisch zum Scheitern, weil er auf großen Widerstand stieß, sei es in den Berggebieten, sei es in den Städten, vor allem in Neapel, wo aus der spontanen Massenbewegung der Besetzungen heraus eine Organisation der Obdachlosen begann.

Zu gleicher Zeit setzten jedoch auch die Räumungen ein: drastisch geräumt wurden besetzte Wohnungen nur im alten Stadtzentrum, das die Spekulation für ihre Zwecke frei haben will, und im Laufe der Zeit auch Schulen, sofern sie isoliert liegen. Die massivste Konzentration von Besetzungen jedoch - mehr als 15.000 fast fertige Sozialbauwohnungen in einem Viertel am Stadtrand wurde aus verschiedenen Gründen nicht geräumt: Es handelt sich um eine proletarische Konzentration, die zudem in der Peripherie liegt und sowieso keinen weiteren Gegenstand für Bauspekulation darstellen kann. Gerade diese Masse von Besetzern verfügt zudem über eine größere Kampfkraft, da sie im Gegensatz zu den Besetzern von Schulen bereits eine Wohnung zu verteidigen haben. So hat die Organisation der Besetzer ihren stärksten Punkt in dieser Ballung von Sozialbauwohnungen gefunden. Hinzu kommt die Bewegung der Arbeitslosen. Schon vor dem Erdbeben belief sich die offizielle Zahl der Arbeitslosen auf ca. 100.000 in Neapel und weitere 100.000 in der Provinz von Neapel. Im Unterschied zum Häuserkampf bestand hier bereits seit Jahren eine Bewegung, die trotz rückläufiger, durch eine geringere Mobilisierungskraft gekennzeichnete Perioden sich bemühte, die Arbeitslosen unabhängig von den demokratischen Institutionen zu organisieren.

Im Laufe der Ereignisse kommt es zu einem wenn auch begrenzten, doch realen Kontakt zwischen der Bewegung der Arbeitslosen und der Hausbesetzerbewegung. Die Spaltung der beiden Bewegungen, um zu verhindern, daß sie sich enger zusammenschließen und dadurch wesentlich stärken könnten, wird zu einem der Ziele der nun einsetzenden Repression.

Politischer Angriffskampf oder unmittelbarer Abwehrkampf?

Die Organisation der Obdachlosen in dem Sozialwohnbauviertel war auf der Grundlage von konkreten und unmittelbaren Bedürfnissen und Perspektiven möglich. Auslöser war z.B. der Kampf für Anschluß von Strom und Wasser für alle 15.000 besetzten Sozialbauwohnungen; erst im Zusammenhang damit kam es zu beachtlichen Demonstrationen.

Die Organisation, die Organisatoren, haben nicht die Bewegung oder ihre Forderungen geschaffen, sondern ihr eine Form gegeben. Das könnte banal scheinen. Es müßten jedoch daraus Schlußfolgerungen gezogen werden, die aber dann in der Tat nicht immer klar sind.

Diese aus den unmittelbaren Bedürfnissen entstandene und praktisch durch die Dringlichkeit der Probleme der Besetzer aufgezwungene Organisation wurde vom Versuch bestimmter Kräfte dauernd begleitet - und oft überrumpelt -, den "politischen Sprung" machen zu wollen: die sogenannten "illegalen" Aspekte des Kampfes wurden hervorgehoben, um daraus abzuleiten, daß seine wahre Bedeutung (und gar sein Ziel, auch wenn nicht gesagt wird, wie nah oder fern es ist) im Zusammenstoß mit dem Staat liegt, und daß es sich im Grunde um eine zumindest tendenziell revolutionäre Bewegung handelt.

Die Funktion der Organisation besteht im allgemeinen darin, die Zahl der Einzelnen in eine handelnde Kraft zu verwandeln; im gegebenen Fall bestand sie bisher darin, die Grundbedingungen für das Überleben und für die Durchsetzung der Forderungen zu schaffen. Mit der Zeit wird diese Funktion immer komplexer: Die Bewegung muß in der Lage sein, die praktischen Hindernisse zu überwinden (sie muß z.B. den Widerstand gegen Räumungen organisieren, den Anschluß von Strom und Wasser durchsetzen, usw.) und dem politischen Angriff der Institutionen, der offiziellen Parteien und Gewerkschaften, zu entgegnen. Und hierbei handelt es sich nicht nur um die Polizeigewalt, sondern auch um die verschiedenen Mittel von Druck, Spaltung und Korruption,

die das bewährte demokratische System zur Verfügung hat. So begannen die von Nationalkommunisten und Sozialisten kontrollierten Mietervereine (Sunia) z.B., die ursprünglichen Anwärter auf die Sozialbauwohnungen (darunter auch Besetzer) nach Methoden der Vetterwirtschaft zu organisieren, um für sie die offizielle Zuweisung der Wohnungen zu erreichen und sie dadurch gegen die Besetzer aufzuhetzen, bzw. die Besetzer untereinander zu spalten. Die Fähigkeit, die konkret anstehenden Probleme zu lösen, wird auf die Dauer entscheiden, ob die Bewegung Fortschritte macht und als solche überleben wird. Es wird sich immer um präzise, konkrete Fragen handeln, denen man nicht ausweichen kann, indem man Theorien über die revolutionäre Bedeutung des heutigen Kampfes bräut. Der heutige Kampf hat keinerlei revolutionären Charakter. In dem Maße, wie die Bewegung sich auf einen Klassenboden stellt und ohne Rücksicht auf die Privateigentümer und auf die Interessen der Unternehmer die realen Interessen der Obdachlosen verteidigt, steht sie im Gegensatz zur Bourgeoisie und ihren Institutionen. Und das geschieht mit jeder Bewegung auf einer Klassenebene, selbst wenn sie sich nur unmittelbare Forderungen zum Ziel setzt. Der daraus entstehende Klassengegensatz drückt sich nicht notwendigerweise in einem politischen Kampf aus; umso weniger stellt er unmittelbar die Machtfrage (d.h. die Frage der Revolution). Die Momente, die einen Gegensatz zu den bürgerlichen Institutionen, zur bürgerlichen Demokratie, zu den verfassungstreuen Parteien beinhalten, sind vorhanden und müssen klar herausgestellt werden - jedoch immer in Bezug auf den realen Kampf, den die Bewegung führt und heute führen kann. Es geht darum, den antiproletarischen Charakter der opportunistischen Parteien, der Demokratie und des Staates anhand der effektiv gemachten Erfahrungen aufzuzeigen. Nur unter dieser Bedingung kann man z.B. erreichen, daß die Besetzer selbst die wahre Bedeutung ihres Kampfes erfassen, was notwendig ist, denn man muß wissen, woran man ist, um sich heute verteidigen zu können (aber auch, was heute freilich nur eine Minderheit betrifft,

um die Aufgaben des revolutionären Kampfes nicht zu klein anzusetzen).

Das von der Besetzerbewegung erreichte Organisationsniveau erfüllte seine wesentlichen, augenblicklichen Funktionen gut. Dadurch haben bestimmte pseudorevolutionäre Austüfteleien, die unwiderstehliche Lust, zu "springen", wo man doch gerade erst zu gehen beginnt, noch eine sehr beschränkte Tragweite (auch wenn sie äußerst lautstark auftreten). Sie gehen über die Köpfe der Proletarier hinweg ohne bisher einen fühlbaren Schaden anzurichten.

Keine Forderung an sich ist ein Allheilmittel. Sie bleibt eine leere Hülle, wenn sie nicht von einer geeigneten Organisation getragen und unterstützt wird. Das gilt in diesem Fall auch für die Aufforderung zu Hausbesetzungen. Und das gilt auch weiterhin für die Forderung nach Beschlagnehmung aller leerstehenden Wohnungen, eine Forderung, die als Bedürfnis gilt und als polemische Instrument zur Entlarvung der Gegner genutzt werden kann, die jedoch nicht durchzusetzen ist, solange nicht eine mächtige und breite Bewegung vorhanden ist, die den nötigen Druck ausübt.

Die demokratische Repression zeigt ihr wahres Gesicht

Wären die beiden Bewegungen bis zu einem gewissen Zeitpunkt vor allem mit den Fragen konfrontiert, sich organisatorisch zu festigen und die Gefahr zu überwinden, isoliert zu bleiben im eigenen bereits mobilisierten Umfeld und gegenüber dem Fabrikproletariat, so stehen sie nun vor der Frage, eine Antwort auf die Repression zu geben: Antwort auf die Repression nicht als ein Aspekt unter den verschiedenen Aspekten des Klassenkampfes, sondern als zwangsläufiger und nicht zu umgehender Hauptpunkt hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Kämpfe.

Eine Bewegung, die die von der Bourgeoisie bewußt lancierte Herausforderung nicht aufgreift und faktisch darauf verzichtet, gegen die Repression zu kämpfen, wird weder fähig sein, die eigene Kampfkraft zu steigern, noch sie aufrechtzuerhalten. Die von der Polizei verhinderten Demonstrationen im Zentrum von Neapel, die massiven Knüppelinsätze der Polizei gegen die Hausbesetzer anläßlich einer Demonstration gerade in dem Stadtviertel, wo sie als Bewegung die größte Stärke haben, die inzwischen auftretende relative Schwierigkeit, breite Massen zu mobilisieren, all das zeigt, daß die Bewegung gerade zur Frage der Antwort auf die Repression politische Klarheit und organisatorische Initiativen benötigt. Sie benötigt sie als Bewegung und für die Ziele der Bewegung, d.h. für die Durchsetzung der unmittelbaren Forderungen selbst. Der Kampf der Hausbesetzer, um die Häuser zu halten, sowie der Kampf für die Ziele der Arbeitslosen, beinhalten heute zwangsläufig den Abwehrkampf gegen die Repression. Hier geht es nicht darum, daß man einem bestimmten Weg den Vorzug gibt oder sich für ihn "frei entscheidet". Es handelt sich vielmehr um eine materielle Lage, die die Bourgeoisie durch ihre Initiativen den Betroffenen aufzwingt.

Anfang Februar: 8 Verhaftungen von Arbeitslosen anläßlich einer Demonstration vor einem Fabrikator (Anklage: "kriminelle Vereinigung"). Am 24. Februar, wo eine der größten Massendemonstrationen stattfand, kam es zu zwei Verhaftungen aufgrund von fünf Haftbefehlen gegen politisch tätige Hausbesetzer bzw. Arbeitslose. Die Art der u.a. unglaublich konstruierten Anklage ("Bildung einer subversiven Vereinigung", weil sie "zur Besetzung von Häusern und Hotels aufgehetzt haben"), die Tatsache, daß es sich bei diesen gezielt Herausgegriffenen um politisch tätige Elemente handelt, kann nicht verbergen, daß es dabei um einen Schlag gegen die Massenbewegung geht, mit der offensichtlichen Absicht, sie einzuschüchtern und dahin zu bringen, lieber doch den "Dialog" mit den Institutionen und den parlamentarischen Parteien wieder aufzunehmen.

In den darauffolgenden Märzwochen kommen zu den fortlaufenden gewaltsamen Räumungen und Knüppelinsätzen gegen Besetzer von Schulen oder einzelnen Häusern eine Reihe weiterer Polizeieinsätze: mehrere Verhaftungen von Arbeitslosen in Provinzstädten in der Nähe von Neapel, wie in Casoria, Torre Annunziata und Arzano; in Neapel wird eine der vielen Protestaktionen vor dem Arbeitsamt provokativ auseinandergelockert und 34 Arbeitslose werden verhaftet; 106 Verhaftungen von Arbeitslosen, die als Protestaktion den Sitz der Gewerkschaften besetzt hatten und von der (von den Gewerkschaften gerufenen) Polizei brutal entfernt werden. Auch in diesem Falle war die Repression nicht Ausdruck einer "blinden Reaktion", wie sie manchmal genannt wird, sondern ein wohlgedachtes Repressionsmanöver, gepaart mit der "entgegenkommend ausgestreckten Hand" gegenüber der Masse der Bewegung, damit sie den Institutionen und ihren politischen

Insgesamt gilt das gleiche auch für andere Forderungen wie der Wiederaufbau der alten, schon vor dem Erdbeben ganz verrotteten und nun total unbewohnbaren zentralen Stadtviertel, um für die Proletarier dort annehmbare Wohnverhältnisse zu schaffen: Auch hierbei handelt es sich um ein Instrument der Polemik und der Agitation, das aber unter den bestehenden Kräfteverhältnissen nicht verwirklicht werden kann. Man darf schließlich nicht vergessen, daß die Bewegung - wie groß auch ihre Bedeutung ist - ein Jahrzehntlang für das Proletariat negatives Kräfteverhältnis, die langjährige Gewöhnung an die eigene Untätigkeit und an die demokratische Delegation, die korumpierende Beeinflussung und die repressive Gewalt der Demokratie und ihrer Organisationen, nicht auf einen Schlag und allein auf der Ebene des Wohnungskampfes umkehren kann. Dies gilt umso mehr für Schlagworte wie "Erobern wir uns die Stadt zurück", das vor einigen Jahren lanciert und traurig bekannt wurde, weil es vom Standpunkt des Kampfes eine reine Phrase darstellte, deren demagogischer Charakter schließlich nur zu Verheißung und Demoralisierung führen konnte.

Vertretern klein beigibt. Die im Sitz der Gewerkschaft brutal zusammengeschlagenen und verhafteten 106 Arbeitslosen wurden hinterher auf Befehl "von oben" wieder freigelassen und ihre Freilassung als Propaganda für die Großzügigkeit der bürgerlichen Demokratie ausgenutzt; und sie wurden sogar gerade noch rechtzeitig freigelassen, um sich in den soeben nach einem neuen System gebildeten und angeblich "von aller Vetterwirtschaft gesäuberten" Listen des Arbeitsamtes einzuschreiben (diese Arbeitslosenlisten zur Vergabe von Arbeitsplätzen werden von der Bourgeoisie zu Zwecken der Spaltung und Korruption benutzt; sie stellen eine antiproletarische Prellerei dar, gegen die die Arbeitslosen monatelang mutig gekämpft hatten).

Verhaftung und Freilassung, Zuckerbrot und Peitsche, sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille, der bürgerlichen Repression. Wenn man die Repression anders auf faßt und nur in den eklatantesten Justizaktionen sieht, schlittert man auf eine Ebene, wo nur das "Repression" ist, was die "demokratischen Rechte" verletzt. In Wirklichkeit - und das wurde von vielen in der Bewegung richtig erkannt - hat die Repression "viele Gesichter", die nicht alle unbedingt mit der Justiz zu tun haben. Eindeutige Repression sind die Verhaftungen. Aber ist es vielleicht nicht ebenso Repression, wenn -zig Arbeiter vom Autowerk Alfa-Sud entlassen werden, und zwar sofort nachdem auf den Betriebsversammlungen der neue, von den Gewerkschaften ausgehandelte Tarifabschluß abgelehnt wurde? Fabrikdespotismus ist genauso Repression, auch wenn er nicht vom Staat selbst ausgeht. Will man aus dem Kampf gegen die Repression nicht eine reine Rechtsfrage machen, so muß man erkennen, daß er ein Bestandteil des Klassenkampfes ist und in engem Zusammenhang steht mit den allgemeineren Bedürfnissen proletarischer Verteidigung.

Klar, daß die Zuspitzung der sowieso schon akuten Wirtschaftskrise durch die Folgen des Erdbebens gewisse Freiräume und Mittel der demokratischen Korruption der Proletarier durch die Bourgeoisie und ihre "linken" und gewerkschaftlichen Handlanger eingengt hat. Es wäre jedoch unrealistisch, zu glauben, die Bourgeoisie würde jetzt nur noch mit offener Repression vorgehen. Denn Hand in Hand spielt sie immer wieder ihre Mittel aus, die Kampfbewegung in ihre demokratischen Institutionen einzubinden. Vor allem in den Augenblicken, wo die Bewegung durch die Auswirkungen der Repression eingeschüchtert, verwirrt und zersplittert wird, bietet die Bourgeoisie gezielt einen anscheinenden Ausweg an, gepaart mit Spaltungsversuchen z.B. gegenüber den Hausbesetzern, wobei sie sie z.B. den "Erdbeben-geschädigten" Angebote macht, um sie von den "sowieso Obdachlosen" zu trennen, etc.

Die Antwort auf die Repression ist daher unmöglich, wenn man allein ihren gewaltsamen Aspekt entlarvt, der ja nur die eine Hälfte darstellt. Gäbe es nicht die andere Hälfte, könnte sie nicht ihren Zweck verwirklichen, in den Massen wieder den Glauben reinzubringen, sie hätten nur dann die Möglichkeit, etwas konkretes zu erreichen, einige eroberte Positionen zu halten (die besetzten Häuser, das Versprechen von ein paar tausend Arbeitsplätzen), wenn sie vom Kampf ablassen, wenn sie ihre kämpferischsten Elemente im Stich lassen, und wieder alles an die Parlamentaristiker und an die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsböden delegieren.

Den Inhaftierten selbst gegenüber - die dadurch der Bewegung entzogen und als Geiseln gehalten werden - könnte die Bewegung keinen

Fortsetzung auf S. 8

Soziale Unruhen in Algerien

Ein Jahr nach den Demonstrationen und Aufständen des letzten Frühjahrs, die sich gegen die bürgerliche Repression richteten, ist die soziale Bewegung in Algerien erneut aufgeflammt. Am 15. März befand sich die gesamte Kabylei im Generalstreik, um gegen die Farce der schon im voraus festgelegten Debatte über die "kulturelle Frage" zu protestieren. Auf diese Weise wollte der bürgerliche Staat die Bewegung ersticken, die sich gegen die kulturelle Unterdrückung richtet und für die Anerkennung der Volkssprachen eintritt und die immer weiter um sich gegriffen hat. Wie bereits die Demonstrationen im vergangenen Jahr, ist auch der Generalstreik in der Kabylei weit über den Kampf gegen die Diskriminierung der Volkssprachen hinausgegangen. Es handelte sich in Wirklichkeit um eine Bewegung, die sich gegen die vielfältigen Aspekte der bürgerlichen Repression richtet, von der die ausgebeuteten Massen getroffen werden.

Mit dem Generalstreik wollten die Arbeiter, Studenten und Schüler dieser Region, die ökonomisch gesehen besonders arm ist, jedoch über eine reiche Kampftradition verfügt, ihren Zorn zum Ausdruck bringen, der mit der Verschärfung des Elends und der wachsenden Repression angeschwollen war. Das Flugblatt mit dem Aufruf zum Generalstreik vom 15. März endet mit den folgenden Parolen: "Einheit der Volksmassen gegen die Bourgeoisie!", "Für das

Recht auf freie Meinungsäußerung!" und "Für den wirklichen Sozialismus!". Der Generalstreik fand breite Unterstützung nicht nur aufgrund der wachsenden sozialen Unzufriedenheit, sondern auch und vor allem aufgrund der Vorbereitungsarbeit jener Komitees, die sich in den letzten Jahren außerhalb der offiziellen Apparate des bürgerlichen Staates und des Opportunismus gebildet haben.

Die Nationalisten der "Front der sozialistischen Kräfte" (FFS) und die Stalinisten der "Partei der sozialistischen Avantgarde" (PAGS) taten was sie konnten, um auf der Vollversammlung, die den Streik beschloß, ihre Manöver durchzuführen. Insbesondere schlugen sie vor, die Parole "Einheit der Volksmassen gegen die Bourgeoisie" fallen zu lassen, unter dem Vorwand, sie würde die Händler der Region abschrecken und von der Teilnahme am Streik abhalten. Das Manöver dieser Saboteure ist jedoch nicht gelungen. Mehrere kämpferische Redner schlugen der Versammlung vor, die Händler gegebenenfalls dazu zu zwingen, ihre Geschäfte zu schließen.

Die Vorbereitung dieses Generalstreiks, der von mehreren hundert Studenten in Algier unterstützt wurde, hat das Ungestüm der sozialen Bewegung verdeutlicht und die Kampfbereitschaft der Arbeiter und Jugendlichen, die sich der bürgerlichen Repression entgegenstellen, gezeigt.

In den Semesterferien im Februar - also zu einem für sie günstigen Zeitpunkt - beschlagnahmte die Polizei das gesamte Druckmaterial der Universität (Vervielfältiger, Fotokopierer usw.) um zu verhindern, daß sich die in der Stadt Tizi-Ouzou bestehenden Kampfkomitees seiner bedienten. Unmittelbar danach versammelte sich eine Masse von Jugendlichen vor dem Kinosaal, in dem die Polizei das Druckmaterial versteckt hatte. Sie traten die Türen ein und holten sich das Material zurück, das sie für das Drucken ihrer Flugblätter benötigten. Das Flugblatt mit dem Aufruf zum Generalstreik wurde in der gesamten Region verteilt. Es wurden Einsatzgruppen gebildet, die auf die Dörfer und in die Fabriken gingen, um mit der Landbevölkerung und mit den Arbeitern Kontakt aufzunehmen, damit diese sich an der Streikbewegung gegen die bürgerliche Repression beteiligten.

Die Bourgeoisie fürchtet diese Bewegung umso mehr, als sie in einem Augenblick stattfindet, wo sich die Arbeiterstreiks und die Ausbrüche des Volkszorns im ganzen Land vermehren. Am 8. Februar Streik der 3000 Arbeiter der Fabrik SONITEX in Draax-Ben-Khadda; am 7. März Streik der Arbeiter bei CASORAL, CASOREC und CASORAN (d.h. der Krankenversicherung von Algier, Constantine und Oran); am 10. März Streik der Arbeiter des COUS (Sozialwerk der Universitäten) von Algier, Constantine, Annaba, Batna, Sisi-Bel-Abbès; am 15. März Streiks der Angestellten der Zentralbank und der Hafenarbeiter in Algier; am 16. März Streik und Straßenkundgebungen in Bouira. Und wir haben noch nicht einmal die Aufstände erwähnt, die in dem vom Erdbeben betroffenen Gebiet von El Asnam stattgefunden haben, wo Polizei und Armee interveniert sind, um auf die Demonstranten einzuschlagen und wo ca. 30 von ihnen eingekerkert wurden.

Die Lage in Algerien ist in der Tat gekennzeichnet durch soziale Unruhen, die ihre Wurzeln im wachsenden Elend und der wachsenden Repression, denen die algerischen Massen ausgesetzt sind, finden: Mangel an gewöhnlichen Konsumgütern; Einfrieren des Mindestlohns seit 1978 auf 800 Dinar, während die Inflation 20 % jährlich erreicht; Verbot grundlegender Rechte wie Streikrecht, Recht auf freie

Meinungsäußerung, Versammlungs-, Organisations-, und Demonstrationsrecht für die Massen.

Die Bourgeoisie versucht, die Bewegung bei den Massen der anderen Regionen des Landes und bei den ausgewanderten Arbeitern zu verleumden, indem sie sie als eine "regionalistische" Bewegung, als eine Bewegung der "Berber" ausgibt. Daß diese Behauptungen der Bourgeoisie falsch sind, springt allein beim Lesen der Parolen des Aufrufs zum Generalstreik ins Auge, die Probleme betreffen, die von den gesamten ausgebeuteten und unterdrückten Massen, unabhängig von der jeweiligen Region, als solche empfunden werden. Dennoch, trotz der realen Kontakte, die es zwischen den Komitees der Kabylei und Algiers gibt, fand der Generalstreik in Algier nur im studentischen Bereich eine Antwort, einer Stadt, die immerhin nur 140 km von Tizi-Ouzou, der Hauptstadt der Kabylei, entfernt ist.

Angesichts der sich heute in Algerien abspielenden Kämpfe stellt sich also die dringende Aufgabe, diese Kämpfe zu organisieren und zu koordinieren, vor allem zwischen Algier und der Kabylei, aber auch zwischen den anderen Regionen. Dieser Arbeit müssen sich die vordersten und entschlossensten Kämpfer in Algerien widmen.

Brixton Es lebe die Revolte!

Brixton ist eines der düstersten und ärmsten Viertel im Süden Londons. Hier beschleunigt die Vertiefung der Wirtschaftskrise die sozialen Spannungen und schafft eine explosive Situation. 30 % der Bevölkerung Brixtons bestehen aus Pakistanern, Indern und Jamaikanern, 10 % aus Cyprioten, Chilenen und Vietnamesen und 60 % aus Engländern und Iren. Die Arbeitslosigkeit beträgt 33 % und trifft besonders die farbige Bevölkerung, aber nicht allein sie, sondern auch immer mehr junge Engländer: eine Untersuchung der *Financial Times* vom 23.3.81 spricht von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 134 % bei den Jugendlichen in den letzten 12 Monaten in Birmingham, einer anderen "gefährlichen" Stadt.

Brixton ist also eines der vielen Gettos in England, in denen neben dem eingewanderten ein weißes Proletariat ohne Perspektive vegetiert. Hier führt die Polizei - in dem Gefühl der rassistischen Überlegenheit einer langen kolonialen Tradition - immer unerträgliche Kontrollen unter der Bevölkerung durch; es kommt täglich zu Übergriffen und Razzien.

Ähnlich wie vor einem Jahr in Bristol, waren die Wutausbrüche in Brixton von April dieses Jahres besonders gewalttätig. Die proletarische Jugend hat sich nach mehreren Tagen der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durch die britischen Einsatzkommandos, die Special Patrol Groups, haßerfüllt erhoben. Die Festnahme eines jungen "Verdächtigen" brachte das Faß zum Überlaufen. Die Jugendlichen lieferten sich mehrere Nächte lang einen verblissenen Kampf mit der Polizei, errichteten Barrikaden, setzten Autos und ganze Gebäude in Brand, plünderten Schaufenster und Supermärkte. 150 Polizisten mußten ins Krankenhaus.

Natürlich waren die schwarzen Proletarier am kämpferischsten, aber sie haben auch die anderen Nationalitäten und die jungen Engländer im Zusammenstoß mit der Polizei mit sich gerissen. Und genau dies beunruhigt die ach so demokratische englische Bourgeoisie! Denn trotz des rassistischen Elements des Kampfes war es in Wirklichkeit eine proletarische Revolte.

Die Bourgeoisie sieht eine "Verschwörung" im Gange, als ob die Arbeiterklasse nicht genug unter dem Kapitalismus zu leiden hätte, um sich gegen ihn zu erheben! "Verschwörung", weil die Demonstranten Molotowcocktails und Benzinbomben geschmissen haben! Aber ein Verantwortlicher der Polizei hat erklärt: "Wenn die Menge organisiert gewesen wäre, hätte sie uns überwältigt!"

Die Arbeiterklasse ist wirkliche eine gefährliche Klasse! Die proletarische Revolte jagt der Bourgeoisie Angst ein.

Es lebe Brixton! Es lebe die Revolte! Und weg mit den Stiefelleckern, den Jammertöpfen des demokratischen Antirassismus!

Revolte, das ist gut, reicht aber nicht aus. Um die Bullen und die Ausbeutung abzuschaffen, muß man diese verrottete Gesellschaft zerstören. Und um dies vorzubereiten, um die Revolution vorzubereiten, muß man sich mit der schärfsten Waf-

fe ausrüsten, der Waffe, die alle Bourgeois zittern läßt - der internationalen Partei der Revolution. Nicht von ungefähr zeteren alle Bürger und Kleinbürger alle etablierten und alternativen Presseorgane so viel selbst gegen den Begriff der internationalen revolutionären Partei. Und diese Partei wird nicht von alleine kommen. Wir, junge Proletarier, müssen an ihr arbeiten, wenn es wirklich darum gehen soll, endlich all das kaputt zu machen, was uns kaputt macht.

Worüber die bürgerlichen Medien nicht berichten Bergarbeiterstreiks in den USA und in Chile

Am 6. Juni haben die 160000 Bergarbeiter der amerikanischen United Mine Workers-Gewerkschaft ihren seit dem 15. März geführten Streik nach 73 Kampftagen beendet. Sie stimmten dem neuen, von den Gewerkschaftsführern ausgehandelten Tarifvertrag zu, der während der 40-monatigen Laufzeit Lohnsteigerungen um 37,5% vorsieht, was angesichts der Inflation auf einen erheblichen Einkommensverlust hinausläuft. Ausgangspunkt ihres Kampfes war in der Tat ihre Ablehnung des ersten Vertragsentwurfs gewesen, unter dem mehrere hundert Arbeitsplätze gestrichen worden wären und der Ende März mit großer Mehrheit niedergestimmt wurde. Wie der nun von den Bergarbeitern angenommene neue Vertrag aussieht, welche Veränderungen er gegenüber dem ursprünglichen Entwurf enthält, ist uns im einzelnen nicht bekannt.

Auf jeden Fall jedoch wird dieser Streik, auch wenn er nicht jene gewaltsamen Formen annahm, die den Streik von vor drei Jahren kennzeichneten und die die gesamte amerikanische Bourgeoisie in nur 11 Tagen das Fürchten gelehrt hatten, als einer der längsten und kompaktesten in den vergangenen 50 Jahren außerordentlich bewegte Kampfgeschichte der amerikanischen Bergleute eingehen.

Angesichts dessen ist die Mauer des Schweigens, mit der die internationale Presse diesen Streik umgeben hat, bezeichnend. Einige Blätter hatten vom Beginn des Streiks berichtet. Dann kam - außer einigen flüchtigen, weit auseinanderliegenden Hinweisen - das große Schweigen, um die "krankhafte Neugier" der Öffentlichkeit, insbesondere der proletarischen nicht anzustacheln. Und doch stellte die *Financial Times* vom 28.4. fest, daß der "seit einem Monat dauernde Streik", der übrigens 44% der gesamten amerikanischen Steinkohleproduktion zum Stillstand brachte und mehr als die Hälfte der Lager der Energieversorgungsunternehmen aufzehrte, "schwere Auswirkungen auf den Kohlenexport" hat: "Der Kohlestrom über den Hafen von Hampton Roads ist zu einem kläglichen Bächlein geworden". Und einen Monat später, am 20. Mai, deutete "Le Monde" auf die Auswirkungen hin, die die Arbeitsniederlegung in den Bergwerken auf die Produktionssteigerungsrate in den USA hatte.

Kurz, auch wenn er nicht die extreme Härte des großartigen Streiks von 1978 annahm, hat dieser Kampf wegen seiner Dauer und seiner Geschlossenheit nicht nur in der amerikanischen Welt der Wirtschaft und des Handels schwere Besorgnis hervorgerufen. Isoliert von der übrigen Klasse und von der Welt haben die Bergarbeiter der Appalachen jetzt ein Abkommen unterzeichnet, das sie sicherlich nicht befriedigen wird. Aber mehr als zwei Monate ohne Lohn (d.h. Lohnausfälle von einigen tausend Dollar für jeden einzelnen Arbeiter), das will schon etwas heißen. Sie haben einen entschiedenen Kampf geführt, der im Gedächtnis des amerikanischen Proletariats unweigerlich seine Spuren hinterlassen wird.

ooo

Am 22. April mußte die chilenische Kupfermine "El Teniente", die sich in ca. 150 km Entfernung von der Hauptstadt befindet und die zweitgrößte Mine des Landes und eine der größten der Welt bildet, vorübergehend ihre Tore schließen: Die in ihr beschäftigten 10000 Bergarbeiter hatten die Arbeit auf unbefristete Zeit niedergelegt, um in Ablehnung des 2%-Angebots der staatlichen Kupfergesellschaft Codelco, die die seit 1971 verstaatlichten Kupferbergwerke betreibt, eine 10%ige Lohnerhöhung zu fordern. Die demokratische Presse verschwendet reichlich Platz für endlose Notizen über diesen oder jenen Vertreter des bürgerlichen Antifaschismus in Chile. Über den mutigen Kampf der Bergarbeiter, die freilich im Gegensatz zu den Berufsdemokraten "rohe" und vor allem verdammte "unkulturne" Burschen sind, zieht sie es vor zu schweigen. So ist es uns nur durch mühseliges Herumwühlen in den Kurznotizen der Zeitungen gelungen, überhaupt vom Ausbruch dieses Streiks und schließlich von dessen Beendigung zu erfahren. Laut Meldungen von AFP (veröffentlicht in der FAZ vom 3.6.) haben die chilenischen Bergarbeiter am Montag, den 1.6., "nach 48 Tagen Streik die Arbeit wieder aufgenommen". Der Streik soll "einen Produktionsausfall im Wert von 50 Millionen Dollar verursacht" haben. Ebenfalls laut AFP soll ein Abkommen unterzeichnet worden sein, "das Lohnsteigerungen von 12% vorsieht". Eine andere Presseagentur dagegen (dpa, siehe SZ vom 4.6.81) lie-

ferne ganz andere Informationen: "Von mehr als 10000 Beschäftigten der chilenischen Kupfermine 'El Teniente' haben 8000 einen 40tägigen Streik beendet. Lediglich die 2000 Arbeiter der Kupferschmelze leisten noch Widerstand. Sie hoffen, mehr erreichen zu können als ihre Kollegen, die das jüngste Angebot der staatlichen Gesellschaft von nur zwei (Hervorheb. IKP) Prozent Einkommensverbesserung angenommen haben, obwohl es weit unter ihrer Forderung von 10 Prozent blieb." Ob 2 oder 12% Lohnerhöhung, die Herren Spezialisten in den Presseagenturen wird das kaum jucken. Für die chilenischen Bergarbeiter, die am Hunger tunge nagen und die über einen Monat unter äußerst repressiven Bedingungen für ihre Lohnforderungen gekämpft haben (so gilt zum Beispiel nach 60 Tagen Streik das Arbeitsverhältnis als freiwillig aufgelöst), ist dieser Unterschied jedoch ein beträchtlicher. Derartige sich widersprechende Meldungen zum Kampf des chilenischen Bergwerksstreiks waren jedoch keineswegs ein Einzelfall, und bereits am 24. Mai verkündete "Le Monde", die Bergarbeiter hätten einem Lohnvorschlag der Gegenseite zugestimmt, um wenige Tage später von einer Fortsetzung des Streiks zu berichten.

So gehen die bürgerliche Presse und ihre Schreiberlinge - von Fernsehen und Rundfunk ganz zu schweigen - mit den Kämpfen des Proletariats um: durch journalistisches black-out, kombiniert mit den rohesten Falschmeldungen, soll diese Episode entschlossenen Kampfes, die freilich viel weniger interessant ist als die Tatsache, ob dem Papst nach dem Attentat nun ein 10 oder ein 12 Zentimeter langes Stück Darm entfernt werden mußte (in solchen Fällen ist ein jeder Journalist auf genaueste Zahlenangaben erpicht!), unter dem bürgerlichen Zynismus begraben werden.

Wir unsererseits können den Kampf der amerikanischen wie auch der chilenischen und der 1600 schwarzen Bergarbeiter, die jüngst, nachdem sie in einer südafrikanischen Goldmine gegen die 11-Stunden-Schichten und die schlechte Bezahlung gestreikt hatten, entlassen wurden und nun in die Stammesgebiete zurückgeschickt werden sollen, nur begrüßen. Ihnen gebührt unsere Solidarität!

INTERNATIONALE PRESSE DER IKP

programme communiste

EL PROGRAMA COMUNISTA

COMMUNIST PROGRAM

le prolétaire

partii comuniste international (programa comunista)

il programma comunista

el-oumami

[Proletarios de todos los países, unidos!]

El Comunista

Das Kapital hat ein gutes Gedächtnis und eine eiserne Faust

Der Leser wird sich zweifellos an den großartigen Streik der türkischen Textilarbeiter in Izmir vom Februar 1980 erinnern, den wir in unserer internationalen Presse begrüßt hatten. Dieser Streik, der sich gegen geplante Massenentlassungen des Staatskonzerns Taris richtete, verwandelte sich sehr schnell in eine Fabrikbesetzung und den Aufstand ganzer Arbeiterviertel, wo es zu tagelangen Straßenschlachten zwischen den Demonstranten und der Armee kam. Dieser Streik bildete eine Vorankündigung dafür, daß sich die große Welle des Klassenkampfes, die sich in den kapitalistischen Schwellenländern damals ausbreitete, dem superkapitalistischen Europa immer weiter nähern würde. Und wenige Monate später haben die Ereignisse in Polen dies bestätigt.

Auch die Bourgeoisie ahnte dies dunkel. Der Militärputsch folgte kurze Zeit später. Es ging darum, wie gewöhnlich, die Demokratie zu retten, sei es auch mit keineswegs demokratischen Mitteln. Nun wurden Ende Mai im Rahmen der breiten Repressionswelle in der Türkei 187 Arbeiter von einem Militärgericht zu Gefäng-

nisstrafen zwischen 2 und 28 Jahren verurteilt. Es handelt sich um Teilnehmer des Streiks vom Februar 1980, und die Anklage lautete auf "Fabrikbesetzung, Zerstörung von Regierungseigentum und Widerstand gegen die Streitkräfte".

Die bürgerliche Justiz schlägt mit eiserner Faust zu. 187 Proletarier in den Kerkern, weil sie zur Verteidigung ihrer eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt haben und weil sie es wagten, den Ordnungskräften offen entgegenzutreten, die herbeigerufen wurden, um das hochheilige Privateigentum zu schützen und dem Gesetz des Kapitals Geltung zu verschaffen.

Wir schwören Rache. Und wir sind sicher, dies im Namen der kämpfenden Klasse tun zu können, deren Rache übrigens nicht allein der türkischen Bourgeoisie, sondern der internationalen und nicht zuletzt der deutschen Bourgeoisie gelten wird, mit deren Waffen und Unterstützung und in deren Mitinteresse die Repression in der Türkei wütet. Wir schwören Rache - und wir haben ein Langzeitgedächtnis.

Fortsetzung von S. 6

Häuserkampf und Repression in Neapel

schlechteren Dienst erweisen, als ihre Verteidigung den Rechtsspezialisten oder den Unterschriftensammlungen zu überlassen.

Ist nun einmal klar, daß die Verteidigung der Inhaftierten die ganze Bewegung angeht, daß ihre Verteidigung ein Aspekt der Klassen-solidarität ist, der Solidarität unter Proletariern (nicht so sehr im Sinne ihrer sozialen Herkunft, sondern im Sinne, an der gleichen, gemeinsamen Klassenfront zu stehen), dann muß auch klar sein, daß der Kampf in ihrer Verteidigung nicht davon abhängig gemacht werden kann, was die Gefangenen persönlich für eine politische Idee vertreten, die ja jeweils unterschiedlich sein kann und auch ist.

Daß die Antwort auf die Repression eine politische Notwendigkeit der Bewegung ist, bedeutet jedoch nicht, daß die Bewegung damit aufhört, eine Klassenbewegung auf dem Boden unmittelbarer Forderungen zu sein, sondern nur (und das ist beileibe nicht wenig!), daß die Bewegung politische Fragen anpacken muß, von denen ihre Existenz und ihre Entwicklung auf der Ebene der unmittelbaren, spezifischen Forderungen abhängt: Fragen der Politik der Bewegung, des Klassenkampfes, und nicht der Politik oder der allgemeinen Ideologie dieser oder jener Gruppe, und genauso wenig dieses oder jenes verhaf-

Fortsetzung von S. 5

»Autonomia Operaia«

in Richtung auf den Aufbau der "Gegenmacht" und ein Stück Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft.

Auf jeden Fall wird hier das Programm der weltweiten revolutionären Zerstörung des Kapitalismus durch die Auffassung einer progressiven Beseitigung der Mißstände der kapitalistischen Gesellschaft und einer ebenso progressiven Änderung in der Verteilung ersetzt. Es handelt sich um eine reformistische Auffassung, die im Unterschied zum Reformismus sozialdemokratischer und stalinistischer Prägung sich nicht an den bestehenden Staat anlehnt und auch nicht glaubt, ihre Vorhaben durch eine parlamentarische Aktion von oben durchsetzen zu können. Der Zusammenbruch des klassischen Reformismus schuf einen Freiraum für die Entstehung eines Reformismus von unten.

Es fragt sich nur, warum manche kämpferischen Arbeiter sich solchen so offensichtlich bürgerlichen Auffassungen anschließen.

Dazu schreiben wir in unserer italienischen Presse (il programma comunista 5/81): "In der Tat steckt der Prozeß der Wiederaufnahme des Klassenkampfes noch in den Anfängen. Die Proletarier verspüren nur äußerst schwach ihre Zugehörigkeit zu einer Klasse, die in jeder Hinsicht der bürgerlichen Klasse entgegenzusetzen ist. So 'erscheint' in der heutigen Phase die bürgerliche Ausbeutung eher als eine Unterdrückung und Willkür gegenüber einzelnen Individuen und nicht als die Ausbeutung, die auf der gesamten Klasse lastet. Der Begriff Proletarier macht dem Begriff des an den Rand gedrängten Individuums Platz, dieses zusammengestauchten und seiner Ausdrucksmöglichkeiten beraubten Individuums. Auf diese Weise kann heutzutage die Empörung des Arbeiters durchaus in dem Protest anderer Gesellschaftsschichten verschwinden und die Form eines bürgerlichen Protestes mit verschiedenen bürgerlichen Inhalten annehmen. Solange der Einfluß einer proletarischen Klassenposition noch so schwach ist, kann also ein kämpferischer Arbeiter heute seinen antikapitalistischen Drang im Rahmen der 'Autonomia' ebenso ausdrücken, wie er ihn im vorigen Jahrhundert im Rahmen des Anarchismus ausdrücken konnte."

teten Militanten. Kurz gesagt, die Art und Weise, wie die Verteidigung der Inhaftierten angepackt werden muß, hängt nicht von den Bedürfnissen der Inhaftierten selbst ab, sondern von den Bedürfnissen der Bewegung. Als Militanten der Bewegung wurden sie der Repression ausgesetzt, und die Bewegung muß sie verteidigen; dadurch bereitet sie sich darauf vor, künftig alle eigenen Kämpfer, auf allen Ebenen, zu schützen.

"Wir sind alle Subversive!" Mit dieser Losung hatte die Demonstration am 28. Februar auf die Verhaftungen geantwortet. Es war die unmittelbare, spontane und auch bisher massivste Antwort auf die Repression. Doch es blieb dabei. Mit dieser Losung hatte sich die Bewegung mit den Verhafteten solidarisiert. Doch auf welcher Ebene? Eine Losung genügt logischerweise nicht, um die realen Probleme zu lösen. Die Demonstration vom 28. Februar hatte vor allem das Bedürfnis nach sofortiger Mobilisierung und Solidarisierung gegen die Repression befriedigt; sie ließ jedoch die Frage offen, wie und mit welchen Mitteln der Kampf fortgesetzt werden kann. Das ermöglichte, daß dann hinterher diese Losung von Einigen als Ausdruck eines "politischen Bewußtseins" der Bewegung interpretiert wurde, als sei die Bewegung über die Politik des unmittelbaren

Fortsetzung von S. 4

Wahlen in Frankreich

reichen, solange die neue Regierung aus allgemeinen politischen Gründen natürlich noch nicht die ganze Palette von Repressionsmaßnahmen einsetzen kann. Und dabei muß man diese Kämpfe ausnutzen, um die eigenen Reihen zusammenzuschweißen im Hinblick auf die Zukunft.

2. Zurückweisung jeder Gegenleistung, die von der Regierung gefordert wird und die darauf abzielt, diese Zugeständnisse zur Fassade zu machen, die Spaltung der Arbeiterklasse zu fördern oder den Klassenkampf zu "reglementieren".

3. Ablehnung jeder Unterstützung der Regierung, selbst unter dem Vorwand, so einen Druck auf die Arbeitgeber zu organisieren. Wenn es Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und der Regierung geben sollte, so muß die Arbeiterklasse die sich daraus ergebende Schwächung der Bourgeoisie ausnutzen, um ihre Forderungen mit noch mehr Nachdruck vorzubringen.

Für diese Klassenunabhängigkeit müssen die Arbeiteravantgarden in ihrem Kampf für die unmittelbaren Forderungen gewonnen werden. Sie muß gegen die Manöver der KPF und der 68er Linken verteidigt werden. Sie ist auch eine Voraussetzung dafür, sich heute besser verteidigen zu können, um in diesem notwendigen Kampf jene Kräfte zu sammeln und zu stärken, die der Krise des Kapitalismus einen revolutionären Ausgang geben werden.

o o o

Presserechtlich verantwortlich
Kontaktadresse:

Gert Eichhorn
Postfach 301 730
D-1000 Berlin 301

Druck: Movimento, Berlin

»Sozialistische« Zuhälterei

Es ist immer das gleiche: Sobald die Bourgeoisie den Braten gerochen hat, sprich ein profitables Geschäft, so stürzt sie sich mit Begierde auf ihn. Da macht auch die polnische Bourgeoisie keine Ausnahme, schon gar nicht angesichts ihrer bankrotten Staatsfinanzen. Daß sie Schweinefleisch in die Sowjetunion exportiert, obwohl es in Polen selbst kaum Fleisch gibt (für die Massen, nicht für die Herren Kania, Jaruzelski & Co, versteht sich), ist hinlänglich bekannt.

Weniger bekannt dürfte allerdings der Export von Menschenfleisch sein (für die Bourgeoisie sind Menschen eine Ware wie jede andere): Wie in der Süddeutschen Zeitung vom 1.6.81 zu lesen war, haben die "Vereinigten Unternehmen für die Unterhaltungsbranche" (ein polnisches Staatsunternehmen) ganz legal in den letzten Monaten über 300 junge Polinnen in westliche Freudenhäuser, namentlich nach Italien, vermittelt. "Die polnischen Chefs der Exportabteilung jenes Staatsunternehmens kassierten von den italienischen Auftraggebern je Mädchen 500 Dollar. Darüber hinaus erhielten sie eine Art Erfolgsprämie in Höhe von zwei

Dollar je Arbeitstag in den Freudenhäusern." Unter dem Vorwand, für "künstlerische Tätigkeiten" im Westen eingesetzt zu werden, wurden die Mädchen aus Ballett- und Theaterschulen angeworben und mit staatlich gefälschten Zeugnissen von Ballettschulen (für die Ausreise) in die italienischen Bordelle geschickt und dort auf die "übliche" brutale und entwürdigende Weise zur Prostitution gezwungen.

Wie man sieht, ist auch die Zuhälterei im "realen Sozialismus" verstaatlicht! Dieses Beispiel, übrigens kein Einzelfall, zeigt uns mal wieder mit krasser Deutlichkeit, daß der "real existierende Sozialismus" nichts anderes ist als ein normaler Kapitalismus; eine Gesellschaft der Zwangsarbeit, die alles und vor allem die menschliche Arbeitskraft, ja in diesem Falle den Menschen selbst in Waren verwandelt. Der östliche Kapitalismus ist um nichts besser oder schlechter als der westliche, und die Proletarier im Osten wie im Westen haben nichts an ihm zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen - den Kommunismus, eine Welt ohne Ware und Geld, ohne Prostitution... und "sozialistische" Zuhälterei!

Klassenkampfes hinausgegangen und qualifiziere sich nun als "dem Kapital und seinen Vertretern antagonistisch", als "kommunistisch".

Die Überbewertung der Bewegung, die Überdeckung der Wirklichkeit mit politischen Träumen, macht sich gerade da bemerkbar, wo es darum geht, der Repression zu entgehen (was ja ein ausdrücklich politischer Aspekt ist) und diese Antwort auf einer "proletarischen", auf einer Klassenebene in die Tat umzusetzen: d.h. verbunden mit den Bedürfnissen der Bewegung als das was sie wirklich ist. Und die Bewegung ist nicht das, was einige von ihr denken.

Die heutige Bewegung kann nichts als endgültig errungen betrachten: weder was die materiellen Zugeständnisse betrifft, noch was die Mobilisierungskraft und die Beständigkeit der Organisation angeht. Das, was z.B. die Demonstration vom 28. Februar an Positivem gezeigt hat, darf nicht zu einer Auffassung verleiten, die Bewegung würde nun linear oder gar automatisch anwachsen. Tatsächlich hat sie während der letzten Monate einen eher stagnierenden Verlauf genommen, die Lage ist aber nach wie vor explosiv und wird es weiterhin bleiben. Vor allem kann sie mit einem heißen Herbst an der Streikfront nach den Sommerferien zusammenfallen, bzw. durch Bewegungen der Fabrikarbeiter wieder einen mächtigen Ansporn bekommen. Vor diesem Hintergrund einer allgemeinen Entwicklung wird die Bewegung wachsen, wenn sie die Fragen löst, mit denen sie konfrontiert wird; zu dieser Lösung wird die Repression nicht führen, denn ihr Zynismus hat keineswegs die Auswirkung, durch die hervorgerufene Entrüstung das Kampfniveau dauerhaft zu heben; sie hat sogar die gegenteilige Auswirkung, nämlich zu entmutigen, wenn nicht die Fähigkeit vorhanden ist, ihr zu entgehen.

Es wäre absurd, "Rezepte" bieten zu wollen. Es ist jedoch wichtig, jede Anstrengung zu

unternehmen, um die Antwort auf die Repression und die Solidarität mit den Inhaftierten auf einer dauerhaften Grundlage zu organisieren, auf der Grundlage der proletarischen Verteidigung, auf der Grundlage der bestehenden Kampforganisation. Ein Ziel muß dabei auch sein, die inzwischen eingetretene relative Abtrennung zwischen Hausbesetzerbewegung und Arbeitslosenbewegung wieder aufzuheben und die schwerwiegende Isolierung gegenüber dem Fabrikproletariat zu überwinden.

Die Bewegung, die "reine" Spontaneität (was eine Abstraktion ist), hat nicht die angeborene Fähigkeit, mit Sicherheit der Repression auf einer Klassenebene zu kontern; die Leere, die nach der Demonstration vom 28.2. eingetreten ist, ist nur eine Bestätigung dafür. So wie die Bewegung in der Anfangsphase ihre Mobilisierung zu bestimmten Losungen, ihre großen und kleinen Versammlungen zur Agitation und Klärung der wichtigsten Fragen brauchte, braucht sie heute eine ebensolche Vorbereitung und Mobilisierung zur Antwort gegen die Repression: nicht als einzigen, aber doch als vorrangigen Punkt in der Gesamtheit ihrer Aufgaben.

Im Hinblick darauf ist es ermutigend, daß sich inzwischen ein Komitee für die proletarische Verteidigung gebildet hat, an dem sich nicht allein Hausbesetzer und Arbeitslose, sondern auch Fabrikarbeiter beteiligen, und das bereits auf eine gewisse Kontinuität des Wirkens auf einer sehr gesunden Grundlage zurückblicken kann. Unabhängig davon, ob eine solche Organisation langfristig von Bestand sein wird: die Tendenz, sie zu bilden, die Tatsache, daß es Kräfte gibt, die bereit sind, in dieser Richtung zusammenzuwirken, bedeuten einen Schritt vorwärts. Sie zeigen, daß die sozialen Bewegungen nicht mehr vorübergehen werden, ohne Ergebnisse zu hinterlassen, an die man anknüpfen kann, an die die Massen, wenn sie in den Kampf treten, werden anknüpfen können.

o o o

Ein neues Organ der IKP

Proletários de todos os países, unam-se!

PROLETÁRIO

PREÇO Cr\$ 40

Nº1 - MAIO 1981

Unser brasilianisches Organ, dessen Erscheinen wir aufs herzlichste begrüßen, enthält in seiner ersten Ausgabe mehrere Artikel zur Orientierung des politischen wie unmittelbaren Kampfes des Proletariats angesichts des Wiederauflebens der Arbeiterkämpfe in Brasilien und gegenüber beiden antiproletarischen Stoßrichtungen der Bourgeoisie: der demokratischen Öffnung und der militärischen Repression, bzw. dem weißen Terror. Neben einer Entlarvung der Rolle der reformistischen Gewerkschaftsopposition um den bekannten Lula am Beispiel des letzten Tarifkampfes der Metallarbeiter von São Paulo und einer Kritik an der um diese Gewerkschaftsopposition gebildeten "Partei der Arbeit", bringt "Proletário" Grundsatzartikel zur Frage der Partei ("Die Wiedergeburt der Arbeiterkämpfe zeigt die Notwendigkeit der internationalen Klassenpartei"), zur Aufgabe der Zeitung ("Eine Waffe für die Organisation der proletarischen Avantgarde"), zu einer der wichtigsten - und heute unumkehrbar konterrevolutionären - Losungen der bra-

silianischen Linken ("Der Marxismus und die konstituierende Versammlung") und zu El Salvador bzw. Mittelamerika ("Der Bürgerkrieg und der historische Niedergang der revolutionären Bestrebungen der Kleinbourgeoisie").

"Es ist nicht die Demokratie, die das Proletariat schützen wird" und "Bereiten wir die Klassenantwort auf den Weißen Terror vor", so lauten die Überschriften von zwei weiteren Artikeln jeweils über den Putschversuch in Spanien und über die terroristischen Anschläge der Rechten in Brasilien. Kleinere Beiträge befassen sich mit der Entlassungswelle, der unsere Klassenbrüder im südamerikanischen Land heute besonders ausgesetzt sind und zeigen, daß Kapitalismus und Elend sich nicht voneinander trennen lassen.

In einer unserer nächsten Ausgaben werden wir einen von der Redaktion des "Proletário" verfaßten Artikel mit einer ersten Bilanz der Arbeiterkämpfe in Brasilien im Laufe der letzten Jahre veröffentlichen.